

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Udo Steinbach

Das Gaza-Jericho-Abkommen  
Wegmarke im Friedensprozeß

Aziz Alkazaz

Ökonomische Aspekte des Nahost-Friedensprozesses

Andreas Rieck

Syrien, der Libanon und Jordanien  
im Nahost-Friedensprozeß

Thomas Krapf

Israel zwischen Krieg und Frieden

Zur Stimmung in Israel nach dem Gaza-Jericho-Abkommen

B 21-22/94  
27. Mai 1994

Udo Steinbach, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Islamkunde und klassischen Philologie an den Universitäten Freiburg i. Br. und Basel; seit 1976 Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu Politik und Gesellschaft des zeitgenössischen Nahen und Mittleren Ostens.

Aziz Alkazaz, Diplomvolkswirt, geb. 1942 im Irak; Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie an den Universitäten Berlin, Kiel und Hamburg; seit 1968 im Deutschen Orient-Institut in Hamburg zuständig für die Wirtschaftsforschung über die arabischen Länder.

Zahlreiche Veröffentlichungen über den Nahen und Mittleren Osten.

Andreas Rieck, Dr. phil., geb. 1954; 1976–1983 Studium der Islamwissenschaft und Politologie in Hamburg; 1984 Promotion; 1984–1987 Referent am Orient-Institut der DMG in Beirut; seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut, Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Schiiten und der Kampf um den Libanon. Politische Chronik 1958–1988, Hamburg 1989; zahlreiche Beiträge zum Libanon, Iran und Nahostkonflikt.

Thomas Krapf, Dr. theol., geb. 1955 in Großbritannien; lebt als freier Journalist und Publizist in Jerusalem; Studium der evangelischen Theologie und der Judaistik in Tübingen, Straßburg, Berlin und an der Hebräischen Universität Jerusalem.

Veröffentlichungen u. a.: Yehezkel Kaufmann. Ein Lebens- und Erkenntnisweg zur Theologie der Hebräischen Bibel. Studien zu Kirche und Israel, Bd. 11, Berlin 1990; Die Priesterschrift und die vor-exilische Zeit. Yehezkel Kaufmanns vernachlässigter Beitrag zur Geschichte der biblischen Religion. Orbis Biblicus et Orientalis, Bd. 119, Fribourg – Göttingen 1992.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Das Gaza-Jericho-Abkommen Wegmarke im Friedensprozeß

Der Abschluß der „Declaration of Principles“ (DOP) oder – plastischer – des Gaza-Jericho-Abkommens, das am 13. September 1993 in Washington unterschrieben wurde, kam nicht von ungefähr. Nicht, daß jemand den Zeitpunkt hätte voraussehen können, an dem ein solches Dokument hätte zustande kommen müssen. Gleichwohl steht das Ereignis im Zusammenhang einer Logik der Entwicklungen, die seine Einordnung erleichtert. Von daher auch der Optimismus, daß es eine wichtige Etappe im Prozeß einer friedlichen Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts darstellt. Denn die zentrale Botschaft ist die grundsätzliche und unzweideutige Anerkennung der Teilung Palästinas zwischen Juden und Palästinensern. Es ist zugleich ein Meilenstein auf dem Weg zu einem palästinensischen Staat neben Israel als der Verkörperung legitimer nationaler Rechte der Palästinenser – auch wenn der Text des Abkommens selbst so weitreichende Perspektiven nicht hergibt.

---

### I. Ein langer Weg

---

Es ist hier nicht der Ort, den langen Weg nachzuzeichnen, den Israelis und Palästinenser gegangen sind, um – in ihrer Mehrheit – zu der Einsicht zu gelangen, daß es zu gleichberechtigter Koexistenz keine wirkliche Alternative gibt. Daß diese Einsicht auf beiden Seiten auch heute noch vielen schwerfällt, beweist die Eskalation der Gewalt, die nach dem Abschluß des Abkommens einsetzte. Sie war Ausdruck einer ablehnenden Minderheit auf beiden Seiten, die hoffte, durch Gewalt und Gegengewalt könnte der Ansatz zur Koexistenz ad absurdum geführt werden.

Hervorgehoben werden müssen aber als wichtiger Meilenstein die ägyptisch-israelischen Rahmenvereinbarungen von Camp David<sup>1</sup>. Mit dem Zustandekommen des „Rahmens für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel“, d.h. mit der Anerkennung der Existenz Israels durch Ägypten im Gegenzug zu der Rückgabe der 1967 besetzten Sinai-Halbinsel, war die grundsätz-

liche Perspektive einer arabisch-israelischen Koexistenz als einer Alternative zur Ablehnung Israels durch die Araber seit dem UNO-Teilungsbeschuß vom November 1947 eröffnet worden<sup>2</sup>. Für die Westbank und den Gaza-Streifen sah das „Rahmenabkommen für den Frieden im Nahen Osten“ volle Autonomie vor, über die zwischen Israel und der arabischen Seite – freilich noch nicht mit der PLO – verhandelt werden sollte. Die Abmachungen sind in hohem Maße, inhaltlich und prozedural, mit denen des Gaza-Jericho-Abkommens identisch. Da das Abkommen von allen arabischen Parteien abgelehnt wurde, führte Ägypten die Verhandlungen stellvertretend für alle anderen, bis sie wegen des Libanonkrieges 1982 abgebrochen wurden. Immerhin hatte auch die Likud-Regierung unter Menachem Begin im Camp David die „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seine rechtmäßigen Bedürfnisse“ anerkannt. Die Frage war seither, wie die PLO als die einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes (seit 1974) zur Anerkennung Israels und seines Existenzrechts gebracht und wie sie selbst in einen Verhandlungsprozeß würde einbezogen werden können.

Mit den sich in den kommenden Jahren intensivierenden Siedlungsaktivitäten in der Westbank trugen die Likud-Regierungen das ihre dazu bei, daß sich die Aussichten auf eine Verwirklichung der Camp-David-Abmachungen verringerten; eine Entwicklung, die durch die Ideologie eines Groß-Israel, die zentrale legitimatorische Grundlage der Likud-Regierungen in den achtziger Jahren, genährt wurde.

Mit ihrer militärischen und politischen Schwächung, die mit der Vertreibung aus Beirut und der durch Syrien seit 1982 betriebenen Spaltung der Organisation einherging, begann die PLO, namentlich die nationalistische Fatah-Organisation, die stärkste Gruppierung in ihr, mit Formulierungen zu experimentieren, die die Möglichkeit einer langfristigen Koexistenz mit Israel anzudeuten schienen. Die Entwicklung verlief zäh und nicht ohne Zweideutigkeiten und Rückschläge.

---

1 Texte in Europa-Archiv, 34 (1979), Dokumente, S. D35ff.

2 Vgl. Udo Steinbach, Der Friedensvertrag – Zeitenwende in Nahost, in: Aussenpolitik, 30 (1979) 4, S. 408–423.

Ein Durchbruch aber trat im Herbst 1988 ein. Mitte November verabschiedete der *Palästinensische Nationalrat* in Algier einstimmig die „Unabhängigkeitserklärung des Palästinensischen Volkes“. Ausgehend von historischen Rechten und in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensisch-arabischen Volkes wird zugleich das „Vertrauen auf die Vollmachten des Völkerrechts, ausgedrückt in den Resolutionen der Vereinten Nationen seit 1947“ zum Ausdruck gebracht. Das bedeutete, wenn auch in verklausulierter Form, die Anerkennung der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates und damit des Existenzrechtes Israels. In einer begleitenden „Politischen Erklärung“ wird dann auf diese Resolution *expressis verbis* Bezug genommen. Unter Druck gesetzt, sich unzweideutig zum Existenzrecht Israels zu äußern, anerkannte der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat am 14. Dezember 1988 nach intensiven diplomatischen Bemühungen hinter den Kulissen in einer Pressekonferenz in Genf das Recht aller Parteien im Nahostkonflikt, „in Frieden und Sicherheit zu existieren, einschließlich Palästinas, Israels und ihrer Nachbarn“<sup>3</sup>. Die israelische Regierung, eine Koalition aus Likud-Block, der mit Itzhak Shamir den Ministerpräsidenten stellte, und Arbeiterpartei, deren Vorsitzender Shimon Peres Außenminister war, blieb mißtrauisch und verweigerte weiterhin direkte Kontakte mit der PLO. Diese aber verfügte damit ein Jahr nach dem Ausbruch der von ihr gesteuerten Intifada über eine doppelte Strategie: einerseits Druck auf Israel auszuüben, ohne selbst weiter den bewaffneten Kampf (mit terroristischen Methoden) führen zu müssen, und andererseits eine Option auf Verhandlungen auf der Grundlage international anerkannter Prinzipien.

Mit dem Ende des Krieges der internationalen Allianz gegen Saddam Husain (28. Februar 1991) und dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Verlaufe des Jahres 1991 waren neue Rahmenbedingungen für Verhandlungen geschaffen. Der amerikanische Präsident George Bush und sein Außenminister James Baker waren sich darüber im klaren, daß der Krieg gegen den irakischen Diktator zur Beendigung der Besetzung Kuwaits in arabischen Augen nur gerechtfertigt sein würde, wenn danach glaubhafte Anstrengungen unternommen würden, auch die Besetzung der Westbank und Gazas durch Israel zu beenden. Entsprechend intensiv war der Druck, den die amerikanische Regierung in den kommenden Monaten auf die Konfliktparteien und möglichen Ver-

handlungspartner ausübte. Zwar zeigten sich diese wie gewohnt zurückhaltend, doch befanden sie sich letztlich in einer relativ schwachen Position. Die nach dem Krieg am Golf nicht mehr zu übersehende Veränderung der internationalen Großwetterlage bot einen Rahmen, innerhalb dessen die regionalen Akteure ihre Positionen neu zu bestimmen haben würden. Amerikas Stellung war deutlich gestärkt; die politische Restmasse der Sowjetunion, einer noch bis vor kurzer Zeit durch ihre Unterstützung arabischer Positionen gewichtigen Großmacht im Nahen Osten, hatte in der Krise an der Seite Washingtons gestanden.

Diese Veränderung der Dinge mußte Damaskus, das jahrzehntelang die Unterstützung Moskaus erfahren hatte, ebenso wie Riad, das auch in Zukunft auf die politische und gegebenenfalls militärische Unterstützung Washingtons angewiesen sein würde, bereit machen, amerikanischem Ansinnen entgegenzukommen. Und Jerusalem konnte nicht länger die Augen vor der Tatsache verschließen, daß sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch im Nahen Osten der Stellenwert Israels für die westliche Politik, insbesondere die Sicherheitspolitik, verändert hatte. Die Palästinenser schließlich waren angesichts des forcierten israelischen Siedlungsprogramms und der politischen Isolierung, in die die PLO durch die offen demonstrierte Nähe zu Saddam Husain geraten war, zu weitgehenden Kompromissen bereit. Dies um so mehr, als die Palästinenser der Westbank aufgrund der Ereignisse gegenüber der PLO einen erweiterten Spielraum erlangt hatten, ihre politischen Interessen selbst zu artikulieren.

Die Verhandlungen, die mit der Eröffnungskonferenz am 30. Oktober 1991 in Madrid begannen, waren ein komplizierter Kompromiß zwischen unterschiedlichen Standpunkten der Beteiligten. Israel war immer für bilaterale Verhandlungen mit arabischen Regierungen eingetreten; die arabische Seite hatte auf multilateralen Gesprächen bestanden. Im Kompromiß wurde mit der Eröffnungskonferenz von Madrid ein multilateraler Einstieg in anschließende bilaterale Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien gemacht. Und da Israel es nicht nur kategorisch ablehnte, mit der PLO zu verhandeln, sondern auch zunächst bei seiner Ablehnung blieb, mit einer eigenen palästinensischen Delegation zu verhandeln, traten die Palästinenser im Rahmen einer gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation auf. Aber auch der palästinensischen Gruppe in der jordanisch-palästinensischen Delegation machte die israelische Regierung Auflagen. So durften ihr weder Mitglieder der PLO noch Bewohner Ost-Jerusa-

3 Texte in Europa-Archiv, 44 (1989), Dokumente, S. D46-62.

lems angehören. Begleitet waren die bilateralen Verhandlungen von multilateralen Gesprächen zu den Themen regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umwelt, Wasserressourcen, Rüstungskontrolle und Flüchtlingsproblem.

Nach zehn Runden bilateraler und drei Runden multilateraler Verhandlungen innerhalb von zwei Jahren blieb das Ergebnis mager, wenn auch die Tatsache nicht unterschätzt werden sollte, daß man überhaupt miteinander sprach – und dies trotz immer wieder auftretender Störungen, wie etwa der Ausweisung von über 400 Palästinensern durch Israel im Dezember 1992 oder einer israelischen Militäroperation im südlichen Libanon im Juli/August 1993.

---

## II. Die Wende: Das Gaza-Jericho-Abkommen

---

Als am 27. August 1993 der israelische Außenminister Shimon Peres den Abschluß eines Abkommens über „Gaza and Jericho first“ verkündete, war die Verblüffung unter nahezu allen Beobachtern des Friedensprozesses perfekt. Dies um so mehr, als der Madrid-Prozeß sichtlich in eine Sackgasse geraten war. Die Übereinkunft bestätigte, daß die Regierung in Tel Aviv schon bald nach der Rückkehr der Arbeiterpartei in die Regierungsverantwortung (Juli 1992) Kontakte zur PLO aufgenommen hatte – zu einer Zeit, als ein israelisches Gesetz noch jeden Kontakt zwischen Regierungsvertretern und der Organisation untersagte. Am 19. Januar 1993 hatte zwar das israelische Parlament dieses Kontaktverbot aufgehoben, doch hatte Ministerpräsident Rabin in einer Erklärung direkte Kontakte und eine direkte Rolle der PLO bei den Friedensverhandlungen abgelehnt<sup>4</sup>. Und noch am 17. Mai hatte er abgestritten, daß mit der PLO gesprochen werde.

Dabei wurden bereits seit mehreren Monaten Geheimverhandlungen geführt<sup>5</sup>. Bei insgesamt elf gemeinsamen Treffen, an denen auf palästinensischer Seite führende Mitglieder der PLO und auf israelischer Seite neben einer kleinen Gruppe von

Akademikern schließlich auch Außenminister Peres beteiligt waren, wurden bis Ende August die Grundlinien des Abkommens ausgearbeitet. Gastgeber dafür war die norwegische Regierung. In einer Erklärung am 30. August gab der norwegische Außenminister Johan Jørgen Holst einen Überblick über die einzelnen Phasen des Prozesses<sup>6</sup>. Die dritte Phase, die „autorisierte Verhandlungsphase“, sei die entscheidende gewesen.

Holst war schließlich auch Empfänger eines Briefes des PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat vom 9. September, in dem dieser ebenso wie in einem Schreiben an Israels Ministerpräsidenten Itzhak Rabin vom gleichen Tage für die PLO das Existenzrecht Israels anerkannte und den Verzicht auf Terror und Gewalt bekräftigte<sup>7</sup>. Mit diesem Briefwechsel, zu dem auch ein Schreiben Rabins an Arafat vom gleichen Tag gehört, in dem der israelische Ministerpräsident den Beschluß seiner Regierung übermittelt, die PLO „als die Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen und Verhandlungen mit der PLO im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses aufzunehmen“<sup>8</sup>, wurden die jeweiligen Bedingungen für eine gegenseitige Anerkennung erfüllt.

In einer feierlichen Zeremonie wurde das Gaza-Jericho-Abkommen vor dem Weißen Haus in Washington von Außenminister Shimon Peres und Mahmud Abbas, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, am 13. September unterzeichnet. Die insgesamt sechs Dokumente beschreiben die Prinzipien und Schritte, die zu einer friedlichen Lösung des Konflikts führen sollen. Im einzelnen handelt es sich um eine Prinzipienklärung, ein Memorandum sowie vier Zusatzvereinbarungen über die Modalitäten der Wahlen, den Rückzug der israelischen Truppen und regionale Entwicklung<sup>9</sup>. Im Mittelpunkt des Vertrages steht die Einräumung einer vorläufigen Selbstverwaltung in den von Israel 1967 besetzten Gebieten – unter Ausschluß Jerusalems – über fünf Jahre. Im dritten Jahr der Selbstverwaltung sollen Verhandlungen über den endgültigen Status der Gebiete aufgenommen werden, wobei dann Jerusalem einbezogen wird. Die Prinzipienklärung beinhaltet eine grundsätzliche Übereinkunft zur Übertragung von Befugnissen auf die Palästinenser und über einen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gaza-Streifen und Jericho. Nach dem ursprünglich vereinbarten Zeitplan (der freilich aufgrund der Schwierigkeiten

4 Vgl. Jordan Times vom 23. Januar 1993; Neue Zürcher Zeitung vom 24./25. Januar 1993.

5 Einzelheiten zum Verhandlungsprozeß und den Reaktionen darauf in: Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes, Nahost. Jahrbuch 1993, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1994, passim; zu den Osloer Gesprächen vgl. Jane Corbin, Ein jegliches hat seine Zeit. Die Geheimverhandlungen zwischen den Israelis und der PLO in Norwegen, in: Der Spiegel, Nr. 7–9/1994.

6 Vgl. Europa-Archiv, 48 (1993) 24, S. D 523–D 525.

7 Vgl. ebd., S. D 525 f.

8 Ebd., S. D 526.

9 Vgl. ebd., S. D 526–D 535.

der Verhandlungen über die Einzelheiten der Verwirklichung des Vertrages schon bald nicht mehr realistisch erschien) hätten freie, direkte und allgemeine Wahlen in den besetzten Gebieten neun Monate nach der Inkraftsetzung der Prinzipien-erklärung (13. Oktober 1993), also bis zum 13. Juli 1994 abgehalten werden sollen.

---

### III. Internationale und regionale Koordinaten

---

Die Frage nach der Zukunft und dem Erfolg der Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, namentlich der PLO<sup>10</sup>, kann wohl kategorisch durch den Hinweis beantwortet werden, daß es zu ihnen keine Alternative für einen der Verhandlungspartner gibt. Die Argumente für sie umfassen ein breites Spektrum von Gegebenheiten, die von den Veränderungen in der internationalen Politik im Gefolge des Zerfalls der Sowjetunion bis zur Psychologie der führenden Staatsmänner bei der Kehrtwende im Verhandlungsprozeß, die in Oslo vollzogen wurde, reichen.

Auf der internationalen Ebene ist das Verschwinden der Sowjetunion als eines mitgestaltenden Akteurs auch der Entwicklungen im Nahen Osten ein entscheidender Sachverhalt. Damit verloren die wichtigsten arabischen Akteure eine willfährige Unterstützung ihrer Hoffnung, eines Tages doch noch in die Lage versetzt zu werden, Israel unter Druck zu setzen, die besetzten Gebiete zu räumen, ohne die Anerkennung des jüdischen Staates als „Vorleistung“ erbringen zu müssen. (In Wirklichkeit sind auf arabischer Seite die mit der Sowjetunion verbundenen Hoffnungen eher noch weiterreichend gewesen.) In Israel andererseits wurde die Sowjetunion vor dem Hintergrund des Interesses Moskaus, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten an Einfluß zu gewinnen, als Bedrohung empfunden. Mit dem Verschwinden der Sowjetunion von der weltpolitischen Bühne wurden auch im Nahen Osten die Spielregeln des west-östlichen Nullsummenspiels, nach dem die eine Macht in dem Maße verlieren würde, in dem die andere gewänne, außer Kraft gesetzt. Seitdem die USA als die einzige bestimmende Großmacht weltpolitischen Zuschnitts dominierte (auch wenn Washington seit der Konferenz von Madrid den Vorsitz des Friedensprozesses mit Moskau teilte), waren beide Seiten – die arabische wie auch die israelische – mit

einer neuen Ausgangssituation konfrontiert. Die USA aber mußten in der Ära nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein erhebliches Interesse an einem Ausgleich im Nahen Osten haben<sup>11</sup>.

Auf der regionalen Ebene war schon vor dem weltpolitischen Wandel von 1990/91 die arabisch-israelische Konfrontation durch andere regionale Konfliktkonfigurationen überlagert bzw. in den Hintergrund gedrängt worden. Im ersten Golfkrieg war die Gefahr eines iranischen Durchbruchs und einer fundamentalistischen Machtübernahme in Teilen des Nahen Ostens mit den Jahren zur größten Bedrohung der Sicherheit einiger Nahoststaaten geworden. In dem Kommuniqué der arabischen Gipfelkonferenz von Amman vom November 1987<sup>12</sup> mußte der arabisch-israelische Konflikt hinter dem Krieg am Golf zurücktreten – was die Palästinenser in den besetzten Gebieten wenige Wochen später mit dem Ausbruch der Intifada quittierten, indem sie nun ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen<sup>13</sup>. Im übrigen war Israel auf diskrete Weise im Golfkrieg involviert, wie in dem als „Irangate“ bezeichneten Skandal zutage getreten war. Damals (1985/86) hatte der Iran amerikanische Waffen – zum Teil durch israelische Vermittlung – erhalten.

Im zweiten Golfkrieg war Israel zwar nicht Mitglied der gegen den irakischen Diktator gebildeten Allianz. Doch stand es – spätestens seit der Beschießung mit irakischen Raketen – in demselben Lager, wurde es doch von demselben Mann bedroht, der seine Truppen nach Kuwait geschickt hatte und der Saudi-Arabien mit den gleichen Waffen beschoß, die auch Israel bedrohten. Indem sie Saddam Husains Forderungen ignorierten, Israel müsse sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen und unabhängig davon auf einen Abzug Saddams aus Kuwait bestanden, schienen die arabischen Teilnehmer an der Allianz den Kampf gegen ein arabisches Regime dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind Israel überzuordnen. Die offen gegenüber den arabischen Mitgliedern der Golf-Allianz zum Ausdruck gebrachten Antipathien zahlreicher Palästinenser waren dieselben,

---

11 Zu diesbezüglichen Äußerungen Präsident George Bushs vgl. Europa-Archiv, 46 (1991) 5, S. D 119–D 125, und 46 (1991) 9, S. D 218–D 220; Udo Steinbach, Eine neue Ordnung im Nahen Osten?, in: Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes, Nahost. Jahrbuch 1991, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1992, S. 187–192.

12 Text in Monitor Dienst, Deutsche Welle, Naher Osten, Köln, 30. 11. 1987.

13 Vgl. Thomas Koszinowski, Intifada – der Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten, in: Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes, Nahost. Jahrbuch 1988, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1989, S. 179–186.

---

10 Zu den Verhandlungen mit Syrien, Jordanien und Libanon s. den Beitrag von Andreas Rieck in diesem Heft.

die diese auch Israel entgegenbrachten. Die arabisches Front – verbal immer wieder beschworen – war damit praktisch zusammengebrochen.

Auch die Intifada hat nachhaltige Anstöße zu einem Bewußtseinswandel gegeben. Sechs Jahre des palästinensischen Aufstands hatten der PLO vor Augen geführt, daß die Intifada Israel zwar störte und auf Wirtschaft, Moral und die internationale Stellung des Landes nicht ohne negative Auswirkungen war. Nur von ihrem Ziel, eine Beendigung der Besatzung herbeizuführen, waren die Steine werfenden Jugendlichen trotz des hohen Blutzolls weit entfernt. Israel seinerseits hatte sich darüber klar werden müssen, daß eine Besatzung ohne Opfer nicht aufrechtzuerhalten ist, daß es eine sanfte Besatzung nicht gibt. Eine Besatzung also, die dadurch ein freundliches Gesicht erhielt, daß man der Bevölkerung des besetzten Landes die Möglichkeit geben würde, bei der Besatzungsmacht selbst zu arbeiten und so den Lebensstandard aller Beteiligten zu erhöhen. Die Intifada hatte der Besatzung die Maske heruntergerissen und dahinter für die gesamte Weltöffentlichkeit sichtbar das wahre Gesicht enthüllt: die Brutalität einer Armee und das Unrechtsregime einer Besatzungsmacht, die Praktiken anwendet, welche zu grundlegenden westlichen Wertvorstellungen in krassem Widerspruch stehen<sup>14</sup>.

Daß auch vor diesem Hintergrund Washington noch außerordentliche diplomatische Anstrengungen unternehmen mußte, um schließlich in Madrid den Friedensprozeß in Bewegung zu bringen, verweist auf die äußerst komplizierte Ausgangssituation.

---

#### IV. Die Wende von Oslo

---

Die israelischen Wahlen im Juni 1992 sollten den Beginn einer neuen Etappe des Verhandlungsprozesses bedeuten. Unbeschadet der Teilnahme am Madrid-Prozeß hatten die führenden Politiker des Likud keine Zweifel daran gelassen, daß „Judaea und Samaria“ nicht zur Disposition stehen würden. Und trotz amerikanischen Drucks war die Besiedlung der besetzten Gebiete fortgesetzt worden. Die Entscheidung der israelischen Wähler, die die Arbeiterpartei mit 44 Sitzen zur stärksten Fraktion in der Knesset machten (der Likud erhielt 32 Sitze) und somit eine Koalitionsregierung unter ihrer

Führung ermöglichten, war auch ein Mandat für Verhandlungen um einen Ausgleich mit den Palästinensern, der einen möglichen Rückzug Israels aus der Westbank beinhalten würde. Angesichts der Alternative einer kostspieligen Fortsetzung der Siedlungsaktivitäten bei wachsendem internationalen Druck auf der einen und der Konzentration der zur Verfügung stehenden Mittel auf die Integration jüdischer Neueinwanderer, vornehmlich aus Rußland, und damit der Konsolidierung der israelischen Gesellschaft selbst auf der anderen Seite, hatte der Wähler zugunsten des letzteren entschieden. Am 13. Juli 1992 wurde dem neuen Kabinett Rabin mit 67 gegen 53 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Gleich seine zweite Auslandsreise führte den neuen Regierungschef vom 7.–13. August nach Washington (seine erste Reise am 21. Juli hatte dem ägyptischen Präsidenten Mubarak gegolten). Rabin gelang es, Präsident Bush von der ernsthaften Absicht der neuen israelischen Regierung zu überzeugen, den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten zu beenden. Daraufhin sagte ihm der amerikanische Präsident am 11. August die Übernahme der gewünschten Kreditbürgschaft durch die USA zu.

Mit Bezug auf die Stellung der Palästinenser im Nahostkonflikt im allgemeinen und die Rolle der PLO und Yassir Arafats bei einer Lösung im besonderen hat Shimon Peres, ganz entscheidend der Architekt des Abkommens vom 13. September 1993, in seinem bemerkenswerten und streckenweise visionären Buch „Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten“<sup>15</sup> eine Reihe von Einsichten formuliert, die unmittelbar auf die neue Ausrichtung der Verhandlungen, wie sie schließlich in Oslo geführt wurden, hinführen. So sei es ihm klar geworden, daß im Zentrum des Konflikts, der seit etwa einhundert Jahren andauere, die palästinensische Sache liege<sup>16</sup>. Je länger sich der Verhandlungsprozeß in Washington hingezogen habe, um so größer seien seine Zweifel geworden. „Jerusalem“ sei ein Felsen, die „Siedlungen“ eine Sandbank geworden, an denen die „Papierschiffe“, die dort in den Meeren der Formulierungen umhersegelten, immer wieder gescheitert seien<sup>17</sup>. Und schließlich wird ihm auch die „bestimmende Persönlichkeit“ des Yassir Arafat immer klarer: seine „mythische“ Erscheinung, seine bestimmende Rolle im Verhandlungsprozeß, an dem er und seine Leute nicht

---

15 Shimon Peres, Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten, Berlin 1993.

16 Vgl. ebd., S. 28.

17 Vgl. ebd., S. 30.

unmittelbar beteiligt waren. Peres findet Worte, die wohl früher schwerlich von einem führenden israelischen Politiker zu erwarten gewesen wären: „Darüber hinaus bewies Arafat im Laufe der 25 Jahre, die er an der Spitze der PLO stand, persönlichen Mut und nicht weniger als das – Manövrierfähigkeit.“<sup>18</sup> Und daraus zieht Peres dann die unzweideutige Schlußfolgerung: „Es wurde mir klar, wenn wir keine direkten Kontakte mit Arafat herstellten, würde sich nichts bewegen. Allerdings war die Aufnahme einer direkten Verbindung zu Arafat keine Kleinigkeit in den Augen der israelischen Bürger, die wir vertraten... Was aber würde geschehen, wenn wir ihn anerkannten und er seine Position nicht änderte? ... Es ging darum, mit Arafat Verhandlungen zu führen, ohne ihn anerkannt zu haben. Dazu war absolute Geheimhaltung notwendig. Die norwegische Geheimhaltung war hier für uns ein Geschenk des Himmels.“<sup>19</sup>

Tatsächlich begann die Regierung der Arbeiterpartei nahezu umgehend, die prozeduralen Bremsen, die von der Likud-Regierung ererbt waren, aus dem Weg zu räumen. Das Gesetz, das Kontakte zwischen Israelis und Angehörigen der PLO verbot, wurde aufgehoben. Obwohl auch die neue Regierung mit der gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation verhandelte, unterstützte sie zugleich stillschweigend deren intensive und offene Konsultation mit der PLO, gestattete die Teilnahme von Palästinensern der Diaspora an den multilateralen Verhandlungen und räumte schließlich die Teilnahme eines Palästinensers aus Ost-Jerusalem, Faisal Husseini, im Rahmen der palästinensischen Delegation ein.<sup>20</sup>

Gleichwohl schwand der anfängliche Optimismus rasch dahin; und jede Verhandlungsrunde schien die Aussichten auf ein Übereinkommen eher zu dämpfen. Die Dinge blieben, was sie seit Madrid gewesen zu sein schienen: eine Veranstaltung, die nach dem Willen einer amerikanischen Macht zustande kam, der sich nach dem Krieg am Golf keine Partei hatte widersetzen können. Dabei hatten die Palästinenser eine klare Vorstellung von dem Ergebnis, auf das sie hinarbeiteten, nämlich den unabhängigen Staat. Folglich waren alle Positionen mit Bezug auf ein Interimsabkommen auf dieses Ziel ausgerichtet. Demgegenüber hatte die israelische Seite keine so kohärente positive Zielvorstellung. Ihre Verhandlungsposition war durch das entschlossene Bemühen gekennzeichnet,

sicherzustellen, daß ein Interimsabkommen nicht automatisch zur Verwirklichung der palästinensischen Ziele führen werde. Diese unterschiedlichen Zielvorstellungen machten es schwierig, hinsichtlich der Dauer und des Ausmaßes an Befugnissen der palästinensischen Interimsverwaltung zu Vereinbarungen zu kommen, da diesbezügliche Abmachungen direkt oder indirekt mit dem endgültigen Status – z. B. Jerusalems – verbunden waren.

Neben dieser Divergenz der Verhandlungsziele wirkten zugleich die Interessen der PLO als Organisation blockierend auf die Verhandlungen, auf die die Führung in Tunis zwar einen bestimmenden Einfluß hatte, in denen ihr andererseits aber keine unmittelbare Rolle eingeräumt war. Ein solcher Status war angängig, solange die Verhandlungen unverbindlich dahinliefen. Sollte freilich wirklich eine Übereinkunft gefunden und schließlich über einen Zeitraum implementiert werden, mußte sich ein solches Arrangement für die PLO als schädlich erweisen. Würde eine solche Interimsverwaltung scheitern, würde die PLO dafür geziehen, einer solchen überhaupt zugestimmt zu haben. Würde sie hingegen funktionieren, würden jene Palästinenser davon profitieren, die die Verwaltung bis dahin tatsächlich ausgeübt und sich so Respekt bei der Bevölkerung erworben hätten. Für die PLO gab es also wenig Anreiz, sich auf ein Abkommen, wie von Israel vorgeschlagen, einzulassen.

Diese Kombination von Hindernissen hatte den in Madrid begonnenen Prozeß praktisch in eine Sackgasse geraten lassen. Auch der Regierungswechsel in Israel erwies sich als nicht durchschlagend genug, ein neues Moment zu erzeugen; es mußte also noch mehr geschehen. Die Hinwendung zur PLO, die mit den Kontakten von Oslo vorbereitet war und schließlich von Rabin autorisiert wurde, war die eine Konsequenz; die Vorschaltung einer umgehenden weitreichenden Selbstverwaltung von Gaza und Jericho die andere. Noch einmal Shimon Peres: „Die Übereinkunft, die wir gemeinsam erreicht hatten, war die gemeinsame Grundsatzerklärung. Im Gegensatz zu den Washingtoner Unterhandlungen beinhaltete die Osloer Vereinbarung auch einen Artikel, der die Gebiete betraf – den Gaza-Streifen und Jericho. Die palästinensische Seite erhielt in Oslo also nicht nur philosophische Prinzipien, die an und für sich schon wichtig sind, sondern konkrete Absprachen über Gebiete.“<sup>21</sup>

Ist das Abkommen das Diktat eines übermächtigen israelischen Verhandlungspartners gegenüber

18 Ebd., S. 31.

19 Ebd., S. 32f.

20 Vgl. dazu die brillante Analyse von Mark A. Heller, *The Israeli-Palestinian Accord: An Israeli View*, in: *Current History*, Februar 1994, S. 56–61.

21 S. Peres (Anm. 15), S. 47.



einer PLO, die dabei war, von der politischen Bühne zu verschwinden, wie viele arabische Kritiker argumentieren?<sup>22</sup> Wurde es also von einem Arafat gleichsam als Strohalm ergriffen, der nach zahlreichen politischen Fehlern Gefahr lief, von anderen Kräften abgelöst zu werden, und der nicht zuletzt auch aus materiellen Schwächen, die sich mit der Einstellung der Zuwendungen der ölreichen Regime abzuzeichnen begannen, seiner organisatorischen Basis verlustig zu gehen drohte? Und wäre es nicht besser gewesen, wenn die PLO, der einstmals gefürchtete Gegner der Israelis, den Geist tatsächlich aufgegeben hätte, wie nicht wenige israelische Gegner gegen ihre Regierung argumentiert haben? Ein solches Rasonnieren verrät das alte Nullsummendenden im Verhältnis zwischen den beiden Kontrahenten um Palästina. Ein tieferer Blick aber zeigt, daß beide Seiten die Kosten neu kalkuliert hatten, die aus fortwährender Bewegungslosigkeit erwachsen würden. Die Regierung Rabin war mit einem Rückenwind angetreten, der sie zur Erreichung eines Abkommens über die Westbank drängte. Ein Scheitern mußte ihr Ansehen auch innenpolitisch untergraben. Die Situation wurde freilich um so komplizierter, ja gefährlicher, als mit wachsender Kraft der „Bewegung des Islamischen Widerstands“ (Harakat al-muqawama al-islamiyya, Akronym: *Hamas*, was als Begriff zugleich wiederum „Eifer“ bedeutet) ein politischer Akteur an Einfluß gewann, der das Existenzrecht Israels aus radikal-islamischer Dimension heraus zurückweist. Mit wem würde man angesichts dieses Umstands nach einem möglichen Verschwinden der PLO verhandeln können?

Und auch für die PLO Arafats war in Hamas ein Rivale erwachsen, der um so stärker wurde, als sich die Verhandlungen als unersprißlich erwiesen und die israelische Besatzung andauerte. Die PLO mußte also das Gesetz des Handelns zurückgewinnen. Das Abkommen war dazu geeignet; und mit konkreten Verhandlungen über Gaza und Jericho sowie mit der Perspektive, die Verwaltung dort zu übernehmen, vermochte sie Handfestes vorzuweisen. Im übrigen machte Arafat bei jeder Gelegenheit klar, daß von den Zielen, nämlich der Errichtung des palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt, auch mit Abschluß des Abkommens nicht abgewichen werde. Vor diesem Hintergrund ist die israelische Regierung mit einem Abkommen mit der palästinensischen Nationalbewegung – trotz der unbestreitbaren Überlegenheit israelischer Machtmittel – kein geringes

politisches Risiko eingegangen. Es fällt schwer, Sieger oder Verlierer eindeutig zu ermitteln.

Im Austausch für eine prozedurale und symbolische substantielle Konzession Israels, nämlich die Anerkennung der PLO und die Bereitschaft, mit ihr um konkrete Gebiete und deren Verwaltung zu verhandeln, stellte die PLO – zumindest für den Augenblick – ihre grundlegenden Forderungen zurück und ging auf etwas ein, was sie zwar im Prinzip nicht ausgeschlossen, aber worauf sie sich im Verhandlungsprozeß nach Madrid niemals eingelassen hatte: ein Interimsabkommen, das den endgültigen Status der besetzten Gebiete offenlassen und die Verhandlungen der umstrittenen Punkte auf einen späteren Zeitpunkt verschieben würde.

---

## V. Polarisierung auf beiden Seiten

---

Der Abschluß des Abkommens hat beide Seiten – die israelische wie die palästinensische – tief gespalten. Dies um so mehr, je länger sich die Verhandlungen um die Verwirklichung der Autonomie für Gaza und Jericho aufgrund komplizierter Detailprobleme hingen. Auf beiden Seiten hatte zunächst die Zustimmung überwogen. Für die palästinensische Seite sind zwar aussagekräftige Zahlen kaum zu haben<sup>23</sup>. Auch war es schwierig, zahlenmäßig zwischen denen zu unterscheiden, die das Abkommen ausdrücklich akzeptierten, und jenen, die es zwar ablehnten, aber nicht dagegen auftraten, um die Polarisierung und Spannungen zwischen den Palästinensern nicht weiter zu vergrößern. Die Bilder aus Palästina freilich, Bilder begeisterter Menschen, die ein Meer palästinensischer Flaggen hißten – wogegen israelische Soldaten nun nicht mehr vorgingen –, wie sie von den Medien um die Welt geschickt wurden, lassen keinen Zweifel daran, daß die Mehrheit der Palästinenser große Erwartungen in das Abkommen setzt. Hingerissen von überschäumenden Emotionen, scheinen viele das Abkommen schon mit einer endgültigen Regelung, die ihnen das Ende der israelischen Besatzung und einen eigenen palästinensischen Staat bringen würde, verwechselt zu haben.

---

<sup>23</sup> Vgl. *Le Monde Diplomatique*, Février 1994, *Hamas se prépare à la nouvelle donne*, S. 21: Nach einer Umfrage im Januar 1994 sei zwischen September und Dezember 1993 die Zustimmung von 64 % auf 41 % zurückgegangen; demgegenüber sei der Anteil der Gegner von 28 % auf 38 % angestiegen; vgl. auch *The Jerusalem Post* vom 13. September 1993, S. 5.

<sup>22</sup> Vgl. Rashid Khalidi, *A Palestinian View of the Accord with Israel*, in: *Current History*, February 1994, S. 62–66.

Umfragen auf der israelischen Seite zeigen demgegenüber eine zunächst zurückhaltende, später sehr deutliche Zustimmung<sup>24</sup>. Es ist hier nicht der Ort, um die zum Teil pauschalen, zum Teil differenzierten Argumente gegen das Abkommen vorzutragen. Die radikalste Absage unter den Palästinensern kam aus dem extremistischen islamischen Lager, das nicht nur das Abkommen als solches, sondern letztlich Verhandlungen insgesamt ablehnt, da grundsätzlich die Existenz und das Existenzrecht Israels zurückgewiesen werden<sup>25</sup>.

Ein grundsätzliches Argument gegen das Abkommen war der Vorwurf, daß es die letztlich aus palästinensischer Sicht entscheidenden Punkte der Grenzen, Flüchtlinge, israelischen Siedlungen, Jerusalems und der Souveränität über die 1967 von Israel besetzten Gebiete offenlasse. Es berufe sich nicht auf Vorgaben des internationalen Rechts oder auf beiderseits vereinbarte bzw. andere halbwegs objektive Kriterien dafür, wohin sich der Verhandlungsprozeß schließlich entwickle. Es hänge vielmehr von der Einschätzung der jeweils an der Macht befindlichen israelischen Regierung ab, mit Blick auf Verhandlungen über eine endgültige Regelung zu befinden, ob sich die Palästinenser während der einzelnen Stadien der Interimsperiode zufriedenstellend verhalten und sich somit zu weiterreichenden Schritten in Richtung auf die Wahrnehmung der Selbstbestimmung vorbereitet gezeigt hätten. Eine Garantie aber für solche „Probezeiten“ könne keine palästinensische Führung übernehmen.

Im übrigen sei das bestehende Abkommen „schlampig“ ausgehandelt. Nirgendwo enthalte es klare Absprachen hinsichtlich der Implementierung der Autonomie von Gaza und Jericho. So habe sich zwar die PLO-Führung offensichtlich mit Nachdruck um die Anerkennung ihrer Organisation und um Sicherheitsfragen gekümmert, nicht aber um wirtschaftliche und andere Details<sup>26</sup>.

Viele und namhafte Palästinenser – unter ihnen Haidar Abd al-Schafi, der die palästinensische Delegation in den Washingtoner Verhandlungen geleitet hatte – nahmen nicht nur am Inhalt des Abkommens, sondern auch an der Art seines Zustandekommens und seiner Umsetzung Anstoß. Die Tatsache, daß die Verhandlungen geheim ge-

führt und die Palästinenser nicht konsultiert worden seien und daß die PLO die Verwirklichung aus eigenen personellen Kapazitäten unter Umgehung der Palästinenser in den Gebieten selbst anstrebe, ließ Besorgnisse über den demokratischen Charakter des Prozesses und die langfristigen Intentionen der PLO und ihres Führers aufkommen. So hänge das Schicksal des Abkommens und des palästinensischen Volkes weithin von der Fähigkeit seiner Institutionen ab, eine repräsentative und demokratische Regierung, effiziente öffentliche Dienstleistungen und ein rasches Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das einer größtmöglichen Zahl von Menschen zugute kommen werde.

Unter dem Strich freilich dürfte die innerpalästinensische Opposition, insofern sie überhaupt zur Sache argumentierte, mit Rashid Khalidis Schlußfolgerung übereinstimmen: „For better or worse, however, at this stage there appears to be for the Palestinians little alternative to attempting to make the best of a bad deal.“<sup>27</sup>

Auf israelischer Seite war das Lager derer, die das Abkommen ablehnten, weniger diffus, denn immerhin erhielt Ministerpräsident Rabin am 21. September parlamentarische Unterstützung. Nach einer dreitägigen Debatte billigte die Knesset es mit einer relativ klaren Mehrheit von 61 zu 50 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Die parlamentarische Opposition unter Führung des Likud warf der Regierung vor, den Weg zur Aufgabe von „Judaea und Samaria“ beschritten und mit der Aufwertung der PLO die Sicherheit Israels gefährdet zu haben; dies vor allem auch deshalb, weil die palästinensische Nationalcharta, die eine Zerstörung Israels fordert, noch in Kraft sei. Rabin habe kein Recht, Land an die Palästinenser abzutreten. Die militanten Siedler beschuldigten die Regierung des Verrats an der zionistischen Sache und drohten, sich palästinensischen Ordnungskräften bewaffnet zu widersetzen.

Der Abschluß des Abkommens löste eine Lawine von Gewalt aus, die von Extremisten auf beiden Seiten begangen wurde. Dabei tat sich auf palästinensischer Seite die islamische Hamas-Organisation hervor und reklamierte die Täterschaft für Anschläge, die zum Teil in Israel, zum Teil in den besetzten Gebieten begangen wurden<sup>28</sup>. Auf israelischer Seite ging die Initiative zu gewalttätigem

24 Vgl. The Jerusalem Post vom 13. September 1993, S. 1: „Poll: 62 % support ‚Gaza Jericho first‘“.

25 Allerdings ist die Haltung von Hamas keineswegs monolithisch. Auch ist der Grad der Ablehnung abhängig vom Fortgang der Verhandlungen; vgl. dazu Le Monde Diplomatique (Anm. 23), S. 22f.

26 Vgl. R. Khalidi (Anm. 22), S. 64.

27 Ebd., S. 66.

28 Daß die radikale Ablehnungsfront nicht auf Hamas beschränkt ist, geht aus einer Erklärung von zehn palästinensischen Gruppierungen hervor, die am 9. Oktober 1993 in Damaskus veröffentlicht wurde; vgl. Europa-Archiv, 48 (1993) 24, S. D. 552–D 554.

Vorgehen von extremistischen Siedlern aus, die zu Protestveranstaltungen gegen die Regierung aufriefen und militante Provokationen unter der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten durchführten<sup>29</sup>. Ziel der militanten Aktionen auf beiden Seiten war es, eine Spirale der Gewalt in Gang zu setzen, die schließlich zum Zusammenbruch der Verhandlungen führen würde<sup>30</sup>. Zugleich aber setzte das israelische Militär die konsequente Bekämpfung arabischer Extremisten fort – Maßnahmen, die ihrerseits auch zur Desillusionierung unter breiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung beitrugen.

Der schleppende Gang der Verhandlungen und die daraus resultierende Gewaltanwendung haben das Lager derer, die dem Abkommen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, deutlich verbreitert. Bemerkenswert ist aber, daß die Verhandlungen gleichwohl nicht abgebrochen wurden. Zwar hat es Verhandlungspausen gegeben – insbesondere nach dem Massaker von Hebron; doch wurde das Ziel der Vertragsgegner nicht erreicht. Im Gegenteil: Die brutalen Störmanöver haben nicht nur gezeigt, wie wichtig es ist, zügiger zu verhandeln. Vielmehr mußten diese auch zwangsläufig dazu führen, daß die Frage nach der Zukunft der Siedlungen und der Siedler, die erst in den Verhandlungen um den endgültigen Status der Westbank hätte berührt werden sollen, bereits unübersehbar auf die Agenda gesetzt werden mußte. Zwar hat sich Ministerpräsident Rabin geweigert, bereits irgendwelche Schritte und konkrete Maßnahmen zu unternehmen, doch hat er unmißverständlich eingeräumt, daß, wenn es denn zu einem wirklichen Frieden kommt (auch gegenüber Syrien), die Frage der Siedlungen nicht tabu sein darf<sup>31</sup>. Auch sind Anzeichen unübersehbar, daß die ersten Siedler begonnen haben umzudenken und daß sie eine freiwillige Rücksiedlung nach Israel nicht mehr ausschließen.

Mit dem Abschluß des Abkommens über die Übergabe administrativer Verantwortung an die Palästinenser in Gaza und Jericho (bei gleichzeitigem militärischem „Rückzug“ der Israelis) ist zwar eine

29 Auch die Siedler sind keine homogene Bewegung. Ideologisch fixiert und gewaltbereit ist nur ein relativ kleiner Teil von ihnen. Die rassistischen antiarabischen Gruppen Kach und Kahane Chai, die am 13. März 1994 verboten wurden, sollen nur einige hundert Mitglieder umfassen.

30 Traurige Höhepunkte der Gewaltanwendung waren das Massaker von Hebron, bei dem von einem Siedler am 25. Februar 1994 neunundzwanzig Menschen beim Gebet in der beiden Religionen heiligen Grabstätte Abrahams ermordet wurden, und zwei Selbstmord-Attacken in Afula (6. April) und Hadera (13. April 1994), bei denen 8 bzw. 5 Israelis starben.

31 Vgl. Le Monde vom 20. April 1994.

wichtige Etappe erreicht; gleichwohl ist sie nur der Beginn eines Verhandlungsmarathons, das sich über Jahre hinziehen wird. Unmittelbar anschließend werden sich die Verhandlungen um das Interimsabkommen, das die Befugnisse des palästinensischen *Self-Governing Authority Council* und die Modalitäten der Wahlen zu ihm festlegen wird. Die israelischen Truppen sollen dann umgruppiert und aus den bewohnten Gebieten in andere Teile der besetzten Gebiete verlegt werden. Der *Council* wird dann seine exekutiven und legislativen Funktionen in den Bereichen Erziehung, Kultur, Gesundheit, soziale Wohlfahrt, Steuern und Tourismus auf der Grundlage des Abkommens wahrnehmen. Mit dem dritten Jahr der palästinensischen Autonomie sollen dann die schwierigen Gespräche über den endgültigen Status der besetzten Gebiete beginnen, bevor nach Ablauf der fünfjährigen Übergangsperiode die dritte Stufe des Prozesses, eben dieser endgültige Status, in Kraft gesetzt wird.

Auf diesem langen Weg sind zahlreiche Hindernisse zu überwinden, die auch Gefahren für den Prozeß beinhalten. Sie liegen zum einen in der Ambiguität der Abmachungen. Schon die Verhandlungen um die Verwirklichung des Gaza-Jericho-Vorspiels der Interimsperiode haben erkennen lassen, wo fundamentale Gegensätze sind: Während Jerusalem seine operationale Kapazität zu maximieren versuchte, um für Israel und die Israelis in den besetzten Gebieten ein Höchstmaß an Sicherheit zu garantieren, suchten sich die Palästinenser nach Möglichkeit exklusive Autorität zu sichern. Andere Unklarheiten, die sich aus dem Vertrag ergeben, traten zutage. Verhandelt werden müssen schließlich auch Punkte, die in dem Abkommen gar nicht angesprochen werden. Dazu gehören die Landwirtschaft (mit Implikationen für die Kontrolle von Land und Wasser) und das Transportwesen (mit Implikationen für die Kontrolle der Straßen).

Eine andere Gefährdung droht dem Prozeß angesichts der Unsicherheit darüber, ob beide Seiten ihre gewaltbereiten Extremisten werden in Schach halten können. Wird es den palästinensischen Autoritäten möglich sein, entschlossen gegen Gewalttäter vorzugehen, ohne in den Ruch der „Kollaboration“ mit dem „zionistischen Feind“ zu geraten? Und auf der anderen Seite stellen zwar die Siedler nur etwa drei Prozent der israelischen Wählerschaft dar (und die Ultras einen noch kleineren Teil); doch sind deren Anliegen und Aktionen geeignet, im ideologischen Hinterland auf der Rechten des politischen Spektrums vermehrt auf Resonanz zu stoßen.

---

## VI. Perspektiven

---

Wirtschaftliche Entwicklung<sup>32</sup> und eine legitimierte Führung der Palästinenser werden die beiden Pfeiler sein, auf denen – für die palästinensische Seite – die Fortführung des Friedensprozesses ruht. Nach seinem Einzug in Palästina in jenes Minigebilde, aus dem eines Tages der palästinensische Staat entstehen soll, wird Yassir Arafat vor der schwierigen Aufgabe stehen, eine Balance zwischen innerer Sicherheit und Demokratie herzustellen<sup>33</sup>. Es gilt, politische Beteiligung einzuräumen und zur gleichen Zeit die destabilisierenden Auswirkungen extremistischer und radikaler Aktivitäten aufzufangen. Seine jahrzehntelangen Erfahrungen als Führer einer Befreiungsbewegung mag ihn dazu verführen, einem autoritären Stil bei der Machtausübung den Vorzug zu geben, und er mag dazu von seinem politischen Umfeld in Tunis bestärkt werden, das nunmehr die Möglichkeit sieht, endlich – politisch wie wirtschaftlich – das Schäfchen ins Trockene zu bringen. Er mag dazu auch von Israel ermutigt werden, das seine Sicherheit jetzt in einem stabilen Interimsgebilde, das von fester Hand geführt wird, gewährleistet sieht.

Mit Blick auf eine palästinensische Elite in den Gebieten selbst, die nicht nur dem Abkommen skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, sondern auch mißtrauisch fragt, was die politischen Ambitionen von Arafat und seiner Umgebung sind, die zugleich aber selbst entschlossen und vorbereitet ist, unter entsprechenden Rahmenbedingungen die Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, wäre deren Ausgrenzung aus der politischen Mitverantwortung ein schwerer Fehler. Es würde das Lager derer, die das Abkommen aufgrund seines Inhalts ablehnen, um jene verstärken, die mit den Jahren zur Person Yassir Arafats und seiner „Tunis-PLO“ auf Distanz gegangen sind.

Was Israel betrifft, so wird der Fortschritt auf zwei Variablen beruhen. Zum einen auf der Art des angestrebten Abkommens selbst, und das heißt auf der Art des palästinensischen Staates, der zur Verhandlung ansteht. Wird es ein Abkommen, das israelische Interessen nicht bedroht, den in der Siedlerfrage liegenden Sprengstoff minimiert, israelische Ängste im Zusammenhang mit der Rückkehr der Flüchtlinge abzubauen geeignet ist, israelischen Anliegen im Zusammenhang mit Jerusalem entgegenkommt, israelischen Sicherheitsinteressen Rechnung trägt und schrittweise sowie

kontinuierlich zu verwirklichen wäre, dürfte es Jerusalem akzeptabel erscheinen, sich darauf einzulassen. Die zweite Variable sind die Erfahrungen Israels während der Übergangsphase. Wird das gelebte Nebeneinander Israel das Gefühl geben, daß ein wirklicher Friede möglich ist, oder werden die Israelis weiterhin – eine tiefsitzende Befürchtung – das Gefühl haben, daß ein palästinensischer Staat nur ein Ausgangspunkt für einen neuen Kampf um ganz Palästina ist?

Darüber hinaus richtet sich der Blick der Israelis auf die arabische Welt. Wird der Ausgleich mit den Palästinensern eine „Friedensdividende“ seitens der anderen Araber bringen? Dies würde eine Aufhebung der militärischen Bedrohung und des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Boykotts beinhalten. Es war ja auch diese Asymmetrie gewesen, die den Verhandlungsprozeß so schwierig gemacht hat: Die Palästinenser können das meiste von dem, wonach sie streben, von Israel bekommen; geben können sie nur einen kleinen Teil dessen, was Israel von den Arabern zu erhalten sucht. Die stärksten Anliegen Israels richten sich auf die arabischen Staaten. Wenn, wie diese immer argumentiert haben, die palästinensische Sache der Kern des Problems zwischen Israel und den Arabern war, sollten sie – nachdem auch die Probleme Syriens, Jordaniens und des Libanon mit Israel zur Lösung anstehen – zu einer umfassenden Normalisierung der Beziehungen bereit sein.

Dies aber berührt die fernere Zukunft. Bis auf weiteres geht es um die Erhaltung des israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozesses mit komplexer Agenda. Zu den vielen Ursachen und Erklärungen der mit dem Gaza-Jericho-Abkommen gegebenen Wende gehören auch das persönliche Engagement und der Mut der verantwortlichen Politiker auf beiden Seiten, politischer Führer, die einem an sich schon historischen Lebenswerk einen Schlußstein einfügen wollen – den Frieden. Es ist zu hoffen, daß dieses Engagement hilft, den weiteren Prozeß über die Hürden zu bringen, die unweigerlich auf seinem Wege liegen. Als das Gaza-Jericho-Abkommen zur „Prinzipienklärung“ nach fast acht Monaten zäher Detailverhandlungen am 4. Mai in Kairo unterzeichnet wurde, waren die Fragezeichen für seine Umsetzung nicht zu übersehen. Eine Alternative dazu, auf dem eingeschlagenen Verhandlungswege fortzuschreiten, gibt es aber nicht. Denn, wie Shimon Peres schreibt, „der Prozeß der gesellschaftlichen Wandlung macht es erforderlich, die alten Konzeptionen und Begriffe der neuen Realität anzupassen“<sup>34</sup>.

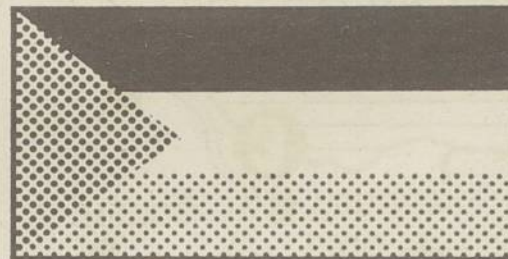
---

32 Vgl. auch den Beitrag von Aziz Alkazaz in diesem Heft.  
33 Vgl. Muhammad Muslih, Jericho and its Meaning. A New Strategy for the Palestinians, in: Current History, February 1994, S. 72–77.

34 S. Peres (Anm. 15), S. 54.



## Der autonome Palästinenser-Staat



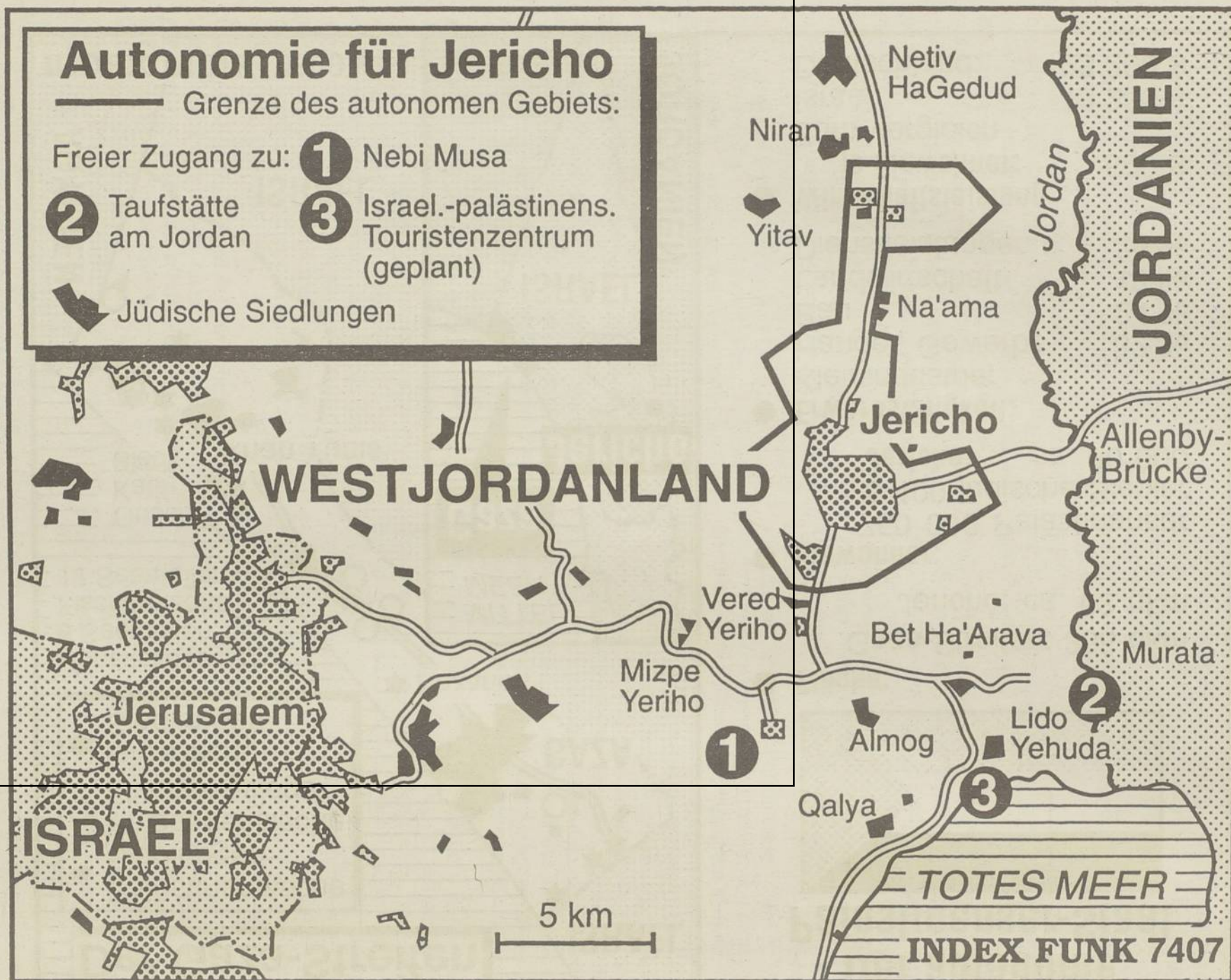
- **Fläche:**  
Gaza-Streifen: 365 qkm  
Jericho: ca. 62 qkm
- **Einwohner:**  
750 000 Palästinenser  
5 400 jüdische Siedler  
**Jericho:** ca. 20 000
- **Erwerbstätigkeit:**  
Kleinindustrie, Handel, Gewerbe 32 %  
Bau 24 %  
Landwirtschaft 18 %  
Dienstleistungen u. a. 26 %
- **Wirtschaftsleistung je Einwohner:** 590 \$  
Zum Vergleich  
Israel: 13 230 \$  
Deutschland: 23 200 \$

# Autonomie für Jericho

— Grenze des autonomen Gebiets:

- Freier Zugang zu:
- 1 Nebi Musa
  - 2 Taufstätte am Jordan
  - 3 Israel.-palästinens. Touristenzentrum (geplant)

↘ Jüdische Siedlungen



# Ökonomische Aspekte des Nahost-Friedensprozesses

---

## I. Grundkonzeption der bilateralen und regionalen Wirtschafts-kooperation und ihre Implikationen

---

Die am 13. September 1993 in Washington unterzeichnete israelisch-palästinensische Prinzipien-erklärung enthält Grundkonzeptionen nicht nur für eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrates, sondern auch für eine bilaterale und regionale Wirtschaftskooperation, die über den Rahmen der genannten Resolutionen hinausgeht. Gemäß dem Protokoll über israelisch-palästinensische Zusammenarbeit bei Wirtschafts- und Entwicklungsprogrammen wurden alle relevanten wirtschaftspolitischen Richtlinien und Entscheidungen, die die besetzten Gebiete (BG) betreffen, in die Hände eines ständigen israelisch-palästinensischen Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt. Die Existenz dieses Ausschusses ist nicht auf die fünfjährige Übergangsperiode beschränkt. Sie ist zeitlich unbegrenzt. Bereits hier ist festzustellen, daß die Palästinenser über die Gestaltung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der BG nicht autonom entscheiden können, obwohl sie bestrebt sind, die während der 27jährigen Besetzung entstandene und vertiefte Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft zu lockern. Das Protokoll nennt elf Kooperationsbereiche: Wasser, Elektrizität, Energie, Finanzen, Verkehr und Verbindungswesen, Handel, Industrie, Arbeitsbeziehungen, menschliche Ressourcen, Umweltschutz und Massenmedien. Die Art der Zusammenarbeit läßt sich an einigen Beispielen veranschaulichen:

Im Bereich Wasser geht es um eine langfristige wasserwirtschaftliche Planung, in der die „Wasserrechte jeder Partei und die Nutzung gemeinsamer Wasservorräte“ festzulegen sind. Gegenstand der Verhandlungen sind nicht die israelischen Wasser-

vorräte, sondern die palästinensischen Vorräte in den BG, die gegenwärtig zu 80 Prozent von Israel genutzt werden.

Im Bereich Elektrizität bezieht sich die projektierte Zusammenarbeit auf Erzeugung, Erhaltung, Kauf und Verkauf von Elektrizität. Das Energieentwicklungsprogramm sieht die Förderung von Erdöl und Erdgas im Gaza-Streifen sowie im Negev und die Erschließung anderer Energiequellen sowie den Bau eines petrochemischen Industriekomplexes in Gaza und einer Anzahl von Öl- und Gasleitungen vor.

Die Zusammenarbeit im Bereich Finanzen bezieht sich nicht nur auf die öffentliche Finanzwirtschaft, sondern auch auf ausländische Investitionen und die Einrichtung einer Entwicklungsbank. Die Palästinenser werden also über ausländische Investitionen nicht allein entscheiden können.

Im Bereich Verkehr und Verbindungswesen soll gemeinsam entschieden werden über die Einrichtung von Verkehrs- und Kommunikationswegen von und nach den BG sowie über den Bau eines Seehafens in Gaza und der erforderlichen Straßen, Eisenbahnen und Kommunikationslinien. Das gilt nicht nur für die Verbindungen zwischen den BG und Israel, sondern auch für die Verbindungen zwischen den BG und anderen Regionalstaaten wie Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien und der Türkei, die nach amerikanisch-israelischen Vorstellungen eine *Middle East Community* bilden sollen.

Ferner sollen der „lokale, regionale und internationale Handel“ gemeinsam gefördert und „Freihandelszonen im Gaza-Streifen und in Israel mit allseitigem Zugang“ geschaffen werden. Die Israelis streben darüber hinaus einen gemeinsamen Markt und eine Zollunion mit den BG an, während die Palästinenser an den Schutz ihres verarbeitenden Gewerbes gegen die überlegene israelische Konkurrenz denken.

Im Industriebereich sieht das Protokoll die Förderung israelisch-palästinensischer Gemeinschaftsunternehmen und Leitlinien für die Zusammenarbeit in der Textil-, Lebensmittel-, Pharma-, Elektro-, Diamanten-, Computerindustrie und in den wissenschaftlich-technischen Industrien vor. Da all

---

Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus: Thomas Koszowski/Hanspeter Mattes, Nahost-Jahrbuch 1993, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Hamburg, Opladen 1994.

diese Industrien schon in Israel bestehen, könnten die „Leitlinien der Zusammenarbeit“ bedeuten, daß der Aufbau gleichgearteter Industrien in den BG so gestaltet wird, daß er mit israelischen Interessen nicht kollidiert.

Die vorgesehene Regulierung der Arbeitsbeziehungen und des Sozialversicherungssystems betrifft die (billigen) palästinensischen Arbeitskräfte, die auf Arbeitsplätze in Israel angewiesen sind. Sie machen gegenwärtig 39 Prozent der gesamten Arbeitskräfte in den BG aus und bedeuten für viele israelische Unternehmen komparative Kostenvorteile. Hinzu kommt ein Kooperationsplan für menschliche Ressourcen, der u. a. die Einrichtung gemeinsamer Berufsbildungszentren, Forschungsinstitute und Datenbanken vorsieht.

Ein weiterer spezieller Plan soll für den Umweltschutz gelten; er beinhaltet gemeinsame und/oder koordinierende Maßnahmen. Die im Protokoll vorgeschriebene Zusammenarbeit und Koordination beschränkt sich nicht auf rein wirtschaftliche Bereiche, sondern bezieht sich auch auf den Bereich Massenkommunikationssysteme und Medien.

Aus dieser Grundkonzeption sind zwei wesentliche Schlußfolgerungen zu ziehen:

1. Wenn all diese relevanten Wirtschaftsbereiche gemeinsamen israelisch-palästinensischen Entscheidungen unterliegen, was bleibt dann für die Autonomie, d. h. für die *Palästinensische Interimsbehörde (PIB)* bzw. die nach der fünfjährigen Übergangsperiode zu bildende Behörde? Nach Artikel VI der Prinzipienklärung wird an die PIB bzw. den zu wählenden Palästinensischen Rat die Zuständigkeit für folgende Bereiche übertragen: Bildungswesen und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus. Nur die beiden letztgenannten Bereiche gehören zur Wirtschaft. Für alle anderen Bereiche ist der *Gemeinsame Ständige Ausschuß* zuständig.

2. Die fast vollständige Verflechtung mit der mächtigeren und entwickelteren israelischen Wirtschaft wird den Aufbau einer autozentrierten palästinensischen Wirtschaft erschweren. Die Palästinenser würden nicht in der Lage sein, eine autonome Wirtschaft zu entwickeln und frei zu wählen, mit welchem benachbarten arabischen Land sie sich wirtschaftlich stärker integrieren wollen. Hier liegt ein Grundproblem. Wenn die Palästinenser unter diesen Rahmenbedingungen mit Jordanien zusammenarbeiten, entsteht zugleich eine Verflechtung zwischen der jordanischen und der israelischen Wirtschaft, die Jordanien hinsicht-

lich seiner Beziehungen mit den arabischen Nachbarstaaten Irak, Syrien und Libanon in ein Dilemma bringt. Das gilt insbesondere für die Zeit, in der noch keine „gerechte umfassende Friedensregelung“ verwirklicht ist. Außerdem wird die jordanische Regierung überlegen müssen, wie sie ihre junge Industrie vor der überlegenen israelischen Konkurrenz schützen und gleichzeitig ihre eigene Konkurrenzfähigkeit steigern kann. Das erklärt, warum das Aushandeln eines Wirtschaftsabkommens zwischen der PLO und Jordanien so schwierig war.

Die Konzeption über die regionale Zusammenarbeit ist im *Protokoll über israelisch-palästinensische Kooperation in regionalen Entwicklungsprogrammen* verankert. Israelis und Palästinenser sollen die von den G-7-Staaten (USA, England, Frankreich, Deutschland, Italien, Australien und Japan) eingeleiteten regionalen Entwicklungsprogramme fördern und diese Staaten ersuchen, sich um die Teilnahme arabischer Staaten und ihrer Institutionen zu bemühen. Sie sollen auch die multilateralen Arbeitsgruppen fördern und zu ihrem Erfolg koordiniert beitragen. Das Entwicklungsprogramm besteht aus zwei Teilen, von denen der erste sich auf die BG, der zweite auf die Region bezieht:

Der erste Teil umfaßt Programme für a) soziale Rehabilitierung und Wohnungsbau, b) Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, c) Aufbau der Infrastruktur und d) menschliche Ressourcen.

Der zweite Teil umfaßt Pläne für a) Gründung einer Nahost-Entwicklungsbank, b) gemeinsame israelisch-palästinensisch-jordanische Nutzung der Region des Toten Meeres, c) Bau eines Kanals, der das Tote Meer mit dem Gaza-Streifen und dem Mittelmeer verbindet, d) regionale Entsalzungs- und andere wasserwirtschaftliche Projekte, e) regionale landwirtschaftliche Entwicklung und Bekämpfung der Desertifikation, f) Verbund der Stromleitungsnetze, g) regionale Kooperation in den Bereichen Transport, Verteilung und industrielle Nutzung von Öl-, Gas- und anderen Energiequellen, h) Entwicklung der Bereiche Tourismus, Verkehr und Telekommunikation.

Parallel zur Proklamierung der regionalen Entwicklungsprogramme wurde vom Aufbau einer *Middle East Economic Community* gesprochen, die neben Israel und den BG wahrscheinlich Jordanien, Ägypten, Syrien, Libanon und die Golfstaaten sowie die Türkei umfassen soll. Gleichzeitig wurden die Araber (insbesondere von den USA) gedrängt, ihren Israelboykott aufzuheben.



Abgesehen von der Türkei standen fast alle arabischen Staaten dieser Grundkonzeption bisher überwiegend skeptisch gegenüber. Für sie bedeutete die Verwirklichung der Konzeption in erster Linie die Etablierung Israels in der Region als dominierende Wirtschaftsmacht sowie die Erschließung arabischer Absatzmärkte, Naturressourcen und Ersparnisse zugunsten Israels. Viele Kritiker im arabischen Raum stellten u.a. die Frage: Warum sollen die Golfstaaten den Israelboykott aufheben, obwohl sie nicht an Israel grenzen und das unterzeichnete Abkommen ein bilaterales Abkommen zwischen Israel und der PLO und nicht etwa ein Abkommen zwischen Israel und der Arabischen Liga ist? Insbesondere wurde befürchtet, daß die dem israelisch-palästinensischen Abkommen zugrunde gelegte regionale Konzeption zu neuen politischen und wirtschaftspolitischen Spaltungen und Konflikten im arabischen Raum führen könnte.

---

## II. Was wurde von den Vereinbarungen bisher in die Praxis umgesetzt?

---

### 1. Internationale Hilfe

Die politische und wirtschaftliche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft spielte beim angestrebten Aufbau der Wirtschaft in den BG eine entscheidende Rolle. Im Rahmen der multilateralen Gespräche befaßten sich mehrere Arbeitsgruppen mit Rüstungskontrolle und regionaler Sicherheit, Wasser, Flüchtlingsfragen, Umweltschutz und regionaler Wirtschaftsentwicklung. Es wurden mehrere Untersuchungen und Studien durchgeführt. Die Weltbank konzentrierte sich auf Entwicklungsbedarf allgemein, Untersuchung der Kapitalflüsse in der Region und den künftigen Finanzbedarf. Die EU befaßte sich mit Aspekten der physischen, institutionellen und finanziellen Infrastruktur in den BG, mit den Voraussetzungen für eine palästinensische Verwaltung und mit den Möglichkeiten landwirtschaftlicher Kooperation. Bilateral konzentrierten sich die USA auf den Ausbildungsbereich, Frankreich auf Verkehr und Kommunikation sowie Japan auf den Tourismus. Innerhalb der Arbeitsgruppe „regionale wirtschaftliche Entwicklung“ setzte sich die Bundesrepublik Deutschland für eine Untersuchung und Förderung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs ein.

Der Finanzbedarf für öffentliche Investitionen wurde von der Weltbank auf 1,35 Mrd. US-Dollar

für die Jahre 1994–1998 und auf 1,6 Mrd. US-Dollar für die Jahre 1999–2000 geschätzt. Es handelt sich hier um die Investitionsbereiche Wasserversorgung, Kanalisation, Elektrizität, Naturressourcen, Transport, Landwirtschaft, Management, Erziehung und Gesundheit. Insgesamt wurden von der Staatengemeinschaft 2,1 Mrd. US-Dollar zugesagt, davon 1,38 Mrd. günstige Kredite und Schenkungen und 525 Mio. Kreditgarantien. Die einzelnen Beiträge verteilten sich wie folgt (in Mio. US-Dollar): EU 600, USA 500, Japan 195, Norwegen 150, Italien 77, Israel 75, Deutschland 61,5, Türkei 52, Schweiz und Dänemark je 40. Die Beiträge arabischer Länder summierten sich zu 165 Mio. US-Dollar, davon 100 Mio. US-Dollar von Saudi-Arabien sowie je 25 Mio. US-Dollar von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Kuwait. Angesichts der unterschiedlichen Interessen der Geberländer war die Koordinierung ein schwieriges Problem. Gegen die Wünsche der EU und einzelner Geberstaaten übernahm die Weltbank die Kontrolle. Allerdings konnten einige Geberländer die Weltbank-Kontrolle umgehen und direkt mit der PLO koordinieren (z.B. Holland bei der Finanzierung des Hafenprojektes im Gaza-Streifen). Die PLO plädierte für den direkten Weg, um „eine schnelle Implementierung der Hilfe“ zu gewährleisten. Demgegenüber empfahlen Harvard-Teams die Bildung von vier Arbeitsgruppen, die regelmäßig in Jerusalem tagen und Projektarbeiten im Rahmen verteilter Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten laufend beaufsichtigen. Schließlich bildeten die EU, USA, Kanada, Japan, Rußland, Norwegen und Saudi-Arabien einen Koordinierungsausschuß.

Auf ihrer Konferenz im Dezember 1993 in Paris sagten die Geberländer für das erste Jahr (1994) der begrenzten palästinensischen Autonomie 570 Mio. US-Dollar zu. Die tatsächliche Zahlung von 300 Mio. US-Dollar, mit der gerechnet wurde, würde die Implementierung der ersten Phase des dreijährigen Soforthilfeprogramms sowie der dringend benötigten technischen Hilfe (35 Mio. US-Dollar) ermöglichen. Beide Programme wurden von der Weltbank aufgestellt. Für das Soforthilfeprogramm waren 1,1 Mrd. US-Dollar vorgesehen, davon 600 Mio. für Infrastruktur, 300 Mio. für die Entwicklung des privaten Sektors und 200 Mio. für Verwaltungskosten. Die PLO ersuchte die Geberstaaten um mehr Flexibilität bezüglich der Deckung ihrer laufenden Verwaltungskosten, denn die Palästinenser hätten zunächst einen Verwaltungsapparat und neue Institutionen zu schaffen. Hier zögerten einige Geberstaaten.

## 2. Israelisch-palästinensische Verhandlungen und ihre Ergebnisse

Die Sicherung finanzieller Beiträge war zwar wichtig, konnte aber allein die Frustration und Skepsis der Einwohner der BG nicht überwinden. Dringend notwendig war eine schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen durch Wohnungsbau und Schaffung neuer Arbeitsplätze (Verminderung der erschreckenden 54prozentigen Arbeitslosigkeit) sowie durch Übertragung der Kompetenzen an die palästinensischen Vertreter. Für die Palästinenser ist der Wiederaufbau eine große Herausforderung, denn die Wirtschaft der BG hatte sehr stark unter der 27jährigen Besetzung und der Intifada gelitten. Die Infrastruktur ist zu einem großen Teil zerstört. Die Entwicklung des Schulwesens stagniert seit 1967. Viele Dörfer sind ohne Strom, Wasser und Kanalisation. In manchem Bereich (insbesondere im Gaza-Streifen) muß bei Null begonnen werden. Auf der anderen Seite geben solche Faktoren wie Standortvorteile der BG, Qualifikation und Motivation der palästinensischen Arbeitskräfte und Möglichkeiten der Mobilisierung des eigenen und arabischen Kapitals Anlaß zu einem bedingten Optimismus.

Allerdings stießen die israelisch-palästinensischen Verhandlungen auf vielfältige Schwierigkeiten und Hindernisse. Die anfängliche, mit dem historischen Händedruck von Rabin und Arafat in Washington verbundene Euphorie war relativ schnell verflogen. Der für den 13. Dezember 1993 angesetzte Abzug der Israelis aus dem Gaza-Streifen und Jericho wurde verschoben. Dann kam das Massaker von Hebron (25. Februar 1994) und die darauf folgenden blutigen Zusammenstöße. So verzögerte sich die Umsetzung der Prinzipienklärung um mehrere Monate. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde vereinbart, daß die Lage von Mitte April 1994 an durch die palästinensische Polizei mit kontrolliert würde.

Bei den Wirtschaftsverhandlungen in Paris versuchte die palästinensische Delegation, die seit 27 Jahren bestehende Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft zu lockern und Spielraum für die Entwicklung eigenständiger Beziehungen zu arabischen und anderen Ländern zu gewinnen. Demgegenüber waren die Israelis bestrebt, gerade diese Bindungen zu vertiefen und zu einem zentralen Bestandteil des Halbautonomiesystems zu machen. Die bisherigen Ergebnisse dieser monatelangen Verhandlungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

*Handel:* Die entstehende Handelsordnung ist eine Mischung von Freihandel und Zollunion. Der Wa-

renverkehr wird generell auf keine Hemmnisse stoßen, ausgenommen die israelischen Quoten für fünf palästinensische Produkte, um die eigenen Produzenten zu schützen. Die Israelis setzten sich für einen gemeinsamen Außenzolltarif ein, während die Palästinenser hierin eine Behinderung ihres Handels mit anderen Regionalstaaten sahen. Schließlich wurde vereinbart, daß die Zölle nur für sechs bestimmte Warengruppen reduziert werden dürfen, während sie für alle anderen Importprodukte die geltenden israelischen Zollsätze nicht unterschreiten dürfen. Außerdem sind die Israelis bei allen Zollkontrollen vertreten. Sie kontrollieren darüber hinaus die Importmengen, die aufgrund von Schätzungen des palästinensischen Bedarfs ermittelt werden.

*Wanderarbeiter:* Grundsätzlich waren die Israelis für eine Begrenzung der Zahl der palästinensischen Wanderarbeiter, obwohl ihre Firmen vom Einsatz billiger Arbeitskräfte profitieren. Demgegenüber plädierten die Palästinenser für freien Verkehr und behaupteten, daß Israel die Philosophie des Liberalismus und des Freihandels predige, wenn sie den Absatzinteressen seiner Industrie diene, nicht aber, wenn sie gleichzeitig die Nutzung komperativer Kostenvorteile der palästinensischen Exportprodukte (Agrarerzeugnisse, Arbeitskräfte) ermögliche. Als Ergebnis wird Israel zwar die gegenwärtige Zahl der palästinensischen Wanderarbeiter (50000) etwas erhöhen, aber praktisch nach oben begrenzen.

*Geld- und Kreditpolitik:* Die Palästinenser wollten eine eigene Währung und eine eigene Zentralbank schaffen, die die Aufsicht über den Bankensektor ausübt und die Geld- und Kreditpolitik mit gestaltet. Das stieß auf israelische Ablehnung, denn eine eigene Zentralbank und Währung wären Symbole der Souveränität. Vor diesem Hintergrund mußte die PLO auf sie vorläufig verzichten. Im Protokoll vom 29. April 1994 wurde die Gründung einer „Palästinensischen Finanzbehörde“ vereinbart, die die Interimsbehörde in allen Wirtschafts- und Finanzfragen berät, ihre Devisenreserven verwaltet und gewisse Zentralbankfunktionen ausübt wie die Herausgabe von Lizenzen, Bankenaufsicht und Refinanzierung der Geschäftsbanken. Die Aufsicht über israelische Banken in den BG erfolgt im Rahmen des Baseler Abkommens. Die Palästinensische Finanzbehörde muß sich mit der israelischen Zentralbank im Rahmen eines institutionalisierten Kooperationsmechanismus abstimmen. Die PLO hatte vor Unterzeichnung des Protokolls vom 29. April 1994 mit Jordanien eine Zusammenarbeit im Bankensektor vereinbart. Die jordan-

sche Zentralbank übernahm die Regelung der Wiedereröffnung der 1967 geschlossenen Banken. Jordanien ist also mit den BG u. a. durch zwei Tatbestände verbunden: Erstens ist der Jordanische Dinar (neben dem Neuen Israelischen Shekel) gesetzliches Zahlungsmittel, und zweitens arbeiten die wiedereröffneten Filialen jordanischer Banken unter Aufsicht der Jordanischen Zentralbank und im Rahmen jordanischer Gesetze, wobei diese Aktivitäten mit der israelischen Zentralbank abgestimmt werden.

*Steuern:* Die israelische Zivilverwaltung wird im Juli 1994 die Kontrolle über direkte Steuern an die Palästinenser übergeben. Nach langen, kontroversen Diskussionen erlaubten die Israelis die von den Palästinensern gewünschte Senkung des geltenden Mehrwertsteuersatzes von 17 Prozent. Allerdings darf der neue Steuersatz nur zwischen 15 und 16 Prozent liegen. Das Aufkommen der von den in Israel arbeitenden Palästinensern erhobenen Einkommensteuer wird zwischen Israel und der palästinensischen Interimsbehörde im Verhältnis 25 Prozent zu 75 Prozent geteilt. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen an die palästinensische Seite abgeführt werden. Das Steueraufkommen der BG (etwa 400 Mio. US-Dollar) ist für die Deckung der laufenden Verwaltungskosten wichtig. Die Interimsbehörde wird angesichts der angespannten finanziellen Situation und der zu bewältigenden Aufgaben die Steuerlast wahrscheinlich nicht reduzieren können.

Diese Vereinbarungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch viele grundlegende Fragen offen sind. Dazu gehören: die Festlegung der Grenzen und Zonen im Gaza-Streifen, die umstrittene Ausdehnung des Jericho-Gebietes (hier sprechen die Palästinenser von 240 qkm, während die Israelis maximal 58 qkm anbieten); Umfang der Territorialgewässer (die Palästinenser fordern 12 Meilen, während die Israelis nur 3 Meilen einräumen wollen); die Frage, wann und inwieweit die Kompetenzen für Gaza und Jericho auf andere Städte der BG ausgedehnt werden, ferner inwieweit palästinensische Gerichte für Israelis und Ausländer in den BG zuständig sind und solche Angelegenheiten wie Reisepässe, Postgebühren und Telegraphenschlüssel.

### 3. Erste administrative Institutionen

Im Zentrum der zu gründenden palästinensischen Institutionen steht der *Palestine Economic Council for Development and Reconstruction (PECDR)*,

der seine Arbeit im Januar 1994 aufnahm. Vorsitzender seines Gouverneursrates ist Arafat. Generaldirektor ist Ahmad Qurai' Abu al-'Ala', der in seiner Eigenschaft als Generaldirektor für Wirtschaft und Planung bei der PLO die Verhandlungen mit den Israelis führte. Der PECDR soll rund 40 höhere Beamte erhalten. Er besteht aus sechs Abteilungen für Finanzen, Verwaltung, Projekt-Management, Wirtschaftspolitik, Koordinierung mit Nichtregierungsorganisationen und technische Hilfe. In der gegenwärtigen Phase sind „project management“ und „sectoral management“ die wichtigsten Abteilungen. Sie werden von internationalen Beratern beherrscht, die regelmäßig und direkt an die Geberstaaten berichten. Der PECDR strebt zwar Autonomie an und ist an der Projektwahl beteiligt, darf aber über die internationale Finanzhilfe nicht selbständig verfügen. Die Geberstaaten behalten die Kontrolle in eigener Hand. Der PECDR legte den Geldgebern am 27. Januar 1994 in Paris das erste Budget (1994) für die palästinensische Selbstverwaltung vor. Es wies bei Ausgaben in Höhe von 405 Mio. US-Dollar ein Defizit von 158 Mio. US-Dollar auf. Die Geberstaaten zögerten zunächst, laufende Ausgaben zu decken, sagten aber schließlich 120 Mio. US-Dollar (76 Prozent des Defizits) zu. Die Gesamtausgaben setzten sich wie folgt zusammen: 114 Mio. US-Dollar für neue Institutionen, hauptsächlich die palästinensische Polizei, 137 Mio. US-Dollar für die Interimsbehörde und die Rehabilitierung freigelassener palästinensischer Häftlinge sowie 154 Mio. US-Dollar für Löhne und Gehälter der Beamten und Angestellten.

*PECDR* und *Palestine National Authority* schufen drei neue Einrichtungen für den Energiesektor, Kleinprojekte und die Vorbereitung der Wahlen, die von der EU finanziell unterstützt werden. Das *Palestine Energy Center*, das von der EU 0,5 Mio. ECU erhielt und seine Arbeit im Mai 1994 beginnen soll, ist für Öl, Gas, Stromversorgung, alternative Energien und regionale Energiezusammenarbeit zuständig. Die EU ist in seinem Gouverneursrat vertreten. Die *Agency for Small Projects* soll Kleinunternehmer fördern, Prioritäten setzen und die internationale Hilfe für diesen Bereich koordinieren. Dabei bedeutet Kleinprojekt eine Investition von bis zu 100 000 ECU. In diesem Bereich stellte die EU für 1994 rund 7 Mio. ECU (7,9 Mio. US-Dollar) in Aussicht. In Damaskus existiert das *Palestine Bureau of Statistics*. Ferner sind ein *Palestine Development Institute* für angewandte Wirtschaftsforschung sowie eine *Palestine Development Bank* mit einem Anfangskapital von 200 Mio. US-Dollar geplant.

#### 4. In Angriff genommene Projekte

Die bisher tatsächlich in Angriff genommenen Projekte sind hinsichtlich ihrer Zahl und ihres Umfangs noch sehr bescheiden. Zwar sammelte der PECDR in der Westbank über 2400 Projektvorschläge, die vom Bau eines Klassenraums in einer Schule bis zum Gaza-Hafen reichen. Diese Vorhaben befinden sich jedoch größtenteils noch im Planungsstadium. Demgegenüber begannen bestimmte Geberstaaten mit der Implementierung ihrer bilateral zugesagten Projekte. So begannen die Franzosen mit dem Bau einer Rundfunk- und Fernsehstation in Ramallah, für die sie 90 Mio. FF zugesagt hatten. Diese Station soll noch vor den Wahlen (13. Juli 1994) fertiggestellt werden. Die Deutschen nahmen im Rahmen ihrer für 1994 zugesagten Entwicklungszusammenarbeit (20 Mio. DM) drei Projekte in Angriff: Unterstützung des Palästinensischen Statistischen Amtes, Wasserver- und Abwasserentsorgung für die Stadt Nablus sowie Wasserversorgung der Stadt Ramallah. Im Februar 1994 wurden zwei vom United Nations Development Programme (UNDP) geförderte Industriebetriebe (eine Zitrusfrüchte-Bearbeitungsanlage und eine Gemüse-Verpackungsanlage) fertiggestellt. UNDP hat seine Hilfe für die BG 1993-1994 von 13 auf 40 Mio. US-Dollar erweitert. Sie umfaßt nunmehr die Unterstützung der Selbstverwaltung, Wasserver- und Abwasserentsorgungsprojekte in Kleinstädten sowie Frauenhilfe.

Im privaten Sektor gründeten am 24. März 1994 in Amman 141 palästinensische Geschäftsleute eine Holdinggesellschaft mit einem Kapital von 200 Mio. US-Dollar, die in den BG Tochtergesellschaften gründen und vorwiegend in den Bereichen Wohnungsbau und Industrie investieren will. Sie ist bezeichnenderweise in Liberia registriert. Ihre erste Tochtergesellschaft, das Bauunter-

nehmen al-Ruwad (50 Mio. US-Dollar Kapital), arbeitet schon in den BG. Zahlreiche westliche Firmen bekundeten zwar Interesse an den BG, hielten sich jedoch in der Praxis zurück. Generell sind für in- und ausländische Investoren politische Stabilität, Rechtssicherheit und institutionelle Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Hier ist vor allem auf die notwendige Vereinheitlichung und Reformierung der Investitionsgesetze in Richtung von mehr Liberalismus und steuerliche Anreize hinzuweisen.

---

### III. Zusammenfassung

---

Der Grundgedanke, daß ohne Abbau der Frustrationen und Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung kein stabiler Frieden zu erreichen ist, ist richtig. Die entworfenen Programme enthalten manchen hoffnungsvollen Ansatz. Sie schufen in der Region eine neue Atmosphäre. Hilfszusagen und Hoffnungen sind groß, die Möglichkeiten, sie zu erfüllen, sind jedoch angesichts der vielen noch offenen Fragen begrenzt.

Solange eine umfassende Friedensregelung fehlt und die palästinensische Autonomie geographisch und inhaltlich begrenzt bleibt und solange die Grundinteressen der beteiligten Regionalstaaten nicht gleichgewichtig berücksichtigt sind, besteht die Gefahr empfindlicher Rückschläge auch für den wirtschaftlichen Aufbau. Es ist kein Zufall, daß die arabischen Staaten ihren Israelboykott trotz amerikanischen Drucks beibehielten, daß Syrien und Libanon den multilateralen Gesprächen fernblieben und daß bisher keine konkreten Projekte im Rahmen der multilateralen Gespräche realisiert wurden.

## Syrien, der Libanon und Jordanien im Nahost-Friedensprozeß

---

### I. Einleitung

---

Seit der Zäsur des Golfkriegs von 1991 kennzeichnen zwei einander entgegengesetzte Trends den Stand des arabisch-israelischen Jahrhundertkonflikts: Einerseits hat ein neuer Realismus der betroffenen arabischen Regierungen sowie der PLO als „offizieller“ Vertretung der Palästinenser die Aufnahme direkter Friedensverhandlungen seit Oktober 1991 und das Gaza-Jericho-Abkommen vom 13. September 1993 möglich gemacht. Andererseits gewinnt ein zutiefst irrationaler islamischer Fundamentalismus, der jeden Kompromiß mit dem Staat Israel, oder auch nur die bloße Anerkennung von dessen Existenz, als Verrat an der Religion ansieht, immer mehr Anhänger unter den Palästinensern und in fast allen arabischen Staaten<sup>1</sup>. Dieser religiöse Extremismus hat durchaus sein Pendant auf jüdisch-israelischer Seite, was mit dem Massaker von Hebron vom 25. Februar 1994 der Weltöffentlichkeit drastisch vor Augen geführt wurde.

Auf arabischer wie auf israelischer Seite befinden sich heute friedensbereite Politiker im Wettlauf mit der Zeit: Wenn sie zu schnell zu viele Positionen preisgeben, riskieren sie ihre eigene Entmachtung und damit ein vorläufiges Ende des Friedensprozesses; aber auch zu große Vorsicht würde diesen stagnieren lassen und den Falken auf beiden Seiten in die Hände spielen. Am meisten gefährdet ist die Position des PLO-Chefs Yassir Arafat, der sehr große Risiken eingegangen ist, um als Friedensstifter und Gründer eines noch so rudimentären „Staates Palästina“ seinen 35 Jahre langen politischen Kampf zu krönen, nachdem der PLO bereits der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit gedroht hatte. Aber auch Israels Ministerpräsident

Itzhak Rabin ist seit dem Abkommen mit Arafat starken Anfechtungen im eigenen Land ausgesetzt, und seine Koalitionsregierung würde bei zu großen Zugeständnissen an die arabische Seite kaum bis zu den Wahlen 1996 durchhalten, geschweige denn diese gewinnen können.

In allen vier arabischen Nachbarstaaten Israels sind größere politische Umwälzungen in den nächsten fünf bis zehn Jahren, die zu einer erheblichen Verhärtung ihrer jetzigen Haltung gegenüber Israel führen könnten, zumindest nicht auszuschließen. In *Ägypten*, das sich seit 1979 in einem Zustand des „kalten Friedens“ mit Israel befindet, entwickelte sich der islamische Fundamentalismus in den letzten Jahren zu einer ständig ernsteren Herausforderung für das prowestliche Regime Husni Mubaraks, dessen wirkliche Verankerung im Volk angesichts fehlender Entfaltungsmöglichkeiten für Oppositionsparteien schwer abzuschätzen ist. In *Jordanien* haben zwar 1989 und 1993 erstaunlich freie Parlamentswahlen stattgefunden, aber Besonderheiten des Wahlrechts und die Schlüsselstellung des seit 1953 regierenden Königs Husain II. haben bisher ein Übergewicht der Altingesessenen gegenüber den Flüchtlingen und Zuwanderern aus Palästina konserviert, das den demographischen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Nach einem Ableben König Husains stünde nicht nur die Monarchie zur Disposition, sondern eine Machtübernahme radikaler palästinensischer Kräfte, die sich z. B. mit den jordanischen Islamisten verbünden könnten<sup>2</sup>, muß ebenfalls in Betracht gezogen werden. Ein völliger Umsturz der jetzigen politischen Ordnung wäre auch in *Syrien* nach Hafiz al-Asad vorstellbar, bis hin zu einer blutigen Abrechnung mit den Symbolen und Nutznießern des Ba'th-Regimes und der Errichtung einer anderen Art von Diktatur, die islamistisch eingefärbt sein könnte. Jede Verhär-

1 Im Gaza-Streifen wurden 1993 bereits mehr als 50 Prozent der Bevölkerung als Anhänger der fundamentalistischen *Hamas* (ein Akronym für „Bewegung des islamischen Widerstandes“) und des *Islamischen Jihad* eingestuft (s. *Jordan Times* vom 8. September 1993), in der Westbank dürften es derzeit 30–40 Prozent sein; vgl. z.B. Vincent Hougeux, *Palestine: Hamas occupe les Territoires*, in: *L'Express* vom 6. Mai 1993, S. 35 ff.

2 Die jordanischen Muslimbrüder und unabhängige islamistische Kandidaten gewannen bei den Wahlen von 1993 nur 21 von 80 Mandaten (1989: 34), ihre Anhängerschaft würde aber mit Sicherheit wieder zunehmen, wenn der laufende Friedensprozeß scheitern sollte. Vgl. Hubert Dobers, *Die Wahlen zum zwölften Unterhaus Jordaniens. Analyse der Ergebnisse und erste Entwicklungen*, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 10 (1994) 2, S. 32–46.

tung des politischen Klimas in Syrien würde auch den *Libanon* mit einbeziehen, der seit dem Ende seines Bürgerkriegs (1975–1990) unter beherrschendem syrischen Einfluß steht.

Gerade die Sorge vor einem weiteren Erstarren des islamischen Fundamentalismus verbindet jedoch die derzeitigen führenden Politiker aller direkt am arabisch-israelischen Konflikt beteiligten Staaten. Itzhak Rabin, Yassir Arafat, König Husain und Hafiz al-Asad haben jahrzehntelang in höchsten verantwortlichen Positionen die Grenzen der eigenen Macht und die Konsequenzen einer andauernden Konfrontationspolitik für ihre Völker so intensiv erfahren, daß bei jedem von ihnen die oft bekundete Bereitschaft zu einer grundsätzlichen und dauerhaften Lösung des Konflikts glaubwürdig ist. Sehr unterschiedlich sind jedoch nach wie vor die arabischen und israelischen Vorstellungen von den Voraussetzungen einer umfassenden Friedenslösung. Im folgenden sollen das Verhalten und die Interessen der Israel-Anrainer Syrien, Libanon und Jordanien im gegenwärtigen Verhandlungsprozeß vor dem Hintergrund der jeweiligen Vorgeschichte ihres mittlerweile 46 Jahre andauernden Kriegszustandes mit Israel analysiert werden.

---

## II. Syrien – der Schlüssel zum umfassenden Nahostfrieden

---

Mit einer Fläche von 185 000 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerung von 15 Millionen stellt Syrien seit dem Ausscheiden Ägyptens aus der gemeinsamen arabischen Front 1978 die größte potentielle Bedrohung für den Staat Israel (20 700 km<sup>2</sup> ohne die 1967 besetzten Gebiete; ca. 4,5 Millionen jüdische Einwohner) dar, konnte aber niemals dessen technologischen Vorsprung wettmachen und die in den achtziger Jahren von Hafiz al-Asad offen angestrebte „strategische Parität“ mit Israel auch nur annähernd erreichen. Israel befindet sich seit seiner Eroberung der ca. 1 600 km<sup>2</sup> großen Golan-Höhen im Juni 1967 in einer komfortablen Verteidigungsposition gegenüber Syrien, obwohl mangelnde israelische Wachsamkeit im Oktober 1973 fast zur Rückeroberung der Golan-Höhen durch Syrien geführt hätte. Nach dem Oktoberkrieg vermittelten die USA im Mai 1974 ein Truppenflechtungsabkommen und die Stationierung von UN-Truppen in einer 2–10 km breiten Pufferzone auf dem Golan. Seitdem herrscht an der syrisch-israelischen Front Ruhe; der Konflikt

wurde aber in großem Umfang und bis auf den heutigen Tag als Stellvertreterkrieg im Libanon fortgesetzt. Israel stimmte im Sommer 1976 einer syrischen Intervention im libanesischen Bürgerkrieg mit Vorbehalten zu<sup>3</sup>, unterstützte jedoch diejenigen christlich-libanesischen Kräfte, die seit 1978 Syriens Gegner wurden. Während der israelischen Libanon-Invasion von 1982 leisteten die syrische Armee und Luftwaffe eine Woche lang mit hohen Verlusten Widerstand<sup>4</sup>; Israel verschonte jedoch auf amerikanischen Druck militärische Schlüsselpositionen Syriens im zentralen Libanon. In den folgenden Jahren verloren Israel und seine Verbündeten kontinuierlich an Boden, bis der libanesischer Bürgerkrieg im Oktober 1990 mit einem Sieg der prosyrischen Kräfte endete.

Die weitgehende Durchsetzung seiner Interessen im Libanon ist einer der Gründe, die das syrische Regime nach 1990 kompromißbereit gegenüber Israel gemacht haben. Ausschlaggebend für das schrittweise syrische Einlenken war allerdings die veränderte Kräftekonstellation im Nahen Osten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Golfkrieg von 1991. Die Zerschlagung der militärischen Macht des Irak neutralisierte zwar einen langjährigen Rivalen, der Syriens Regime zuletzt 1989 mit der Unterstützung seiner Gegner im Libanon in große Schwierigkeiten gebracht hatte<sup>5</sup>, schwächte aber auch die gesamte arabische Position gegenüber Israel. Hafiz al-Asads Antwort auf die sogenannte „neue Weltordnung“ war eine konsequente Hinwendung zu den USA. Mit frühzeitigem Engagement auf seiten der anti-irakischen Koalition – während Arafat und König Husain sich noch, dem Druck der Straße folgend, mit dem Irak solidarisierten – legte er den Grundstein für eine neue Qualität der Beziehungen, und im Sommer 1991 reagierte Hafiz al-Asad vor dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Itzhak Shamir positiv auf die amerikanischen Bemühungen um eine internationale Nahost-Friedenskonferenz<sup>6</sup>. Sein Leitmotiv war die Überzeugung, daß

---

3 Zu den „roten Linien“ Israels, die Syrien im Libanon seit 1976 bis heute fast immer respektiert hat, gehören Verbote, mit Bodentruppen weiter südlich als bis zum Zahrani-Fluß vorzurücken, die Luftwaffe einzusetzen oder Luftabwehraketen auf libanesischem Boden zu stationieren. Vgl. Yair Evron, War and Intervention in Lebanon. The Israeli-Syrian Deterrence Dialog, London–Sydney 1987.

4 Vgl. Ze'ev Schiff/Ehud Ya'ari, Israel's Lebanon War, New York 1984, S. 157–180. Syrien verlor bei Luftkämpfen über dem Libanon im Juni 1982 in wenigen Tagen 80 Flugzeuge.

5 Vgl. Andreas Rieck, Libanon 1989, in: Thomas Koszowski/Hanspeter Mattes, Nahost. Jahrbuch 1989, hrsg. vom Deutschen Orient-Institut, Opladen 1990, S. 104–109.

6 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 17. Juli 1991.

nur noch amerikanischer Druck Israel zu territorialen Zugeständnissen bewegen könnte. Syrien Werben um die Gunst der USA ist seit 1991 so intensiv geworden, daß vielfach gemutmaßt worden ist, diese und nicht die Beilegung des Konflikts mit Israel sei das eigentliche Ziel der syrischen Friedensinitiativen<sup>7</sup>.

Tatsächlich waren die syrischen Overtüren an Israel ein schmerzlicher, von vielen Rückfällen in die alte kämpferische Rhetorik unterbrochener Prozeß. Das 31 Jahre alte Regime der Ba'th-Partei (seit 1970 geführt von Hafiz al-Asad) hat immer einen wesentlichen Teil seiner prekären Selbstlegitimation aus einer Beschwörung der von Israel ausgehenden „Gefahr für die arabische Nation“ und der eigenen „heroischen Standfestigkeit“ abgeleitet. Außerdem haben Syriens Führer genauso ernsthafte und berechtigte Zweifel an der Aufrichtigkeit der Friedensbereitschaft Israels wie umgekehrt. Sie sind sich der Tatsache bewußt, aus einer Position der relativen militärischen Schwäche heraus zu verhandeln, würden sich aber keinen Kompromiß aufzwingen lassen, der dem eigenen Volk nicht als ehrenvoll plausibel gemacht werden kann. Konkret bedeutet das, daß Israel die Golan-Höhen, ein „Symbol der Würde Syriens“<sup>8</sup>, „bis zum letzten Sandkorn“ räumen müßte.

Syriens Regime, das früher jahrelang den ägyptischen Weg des Separatfriedens in schärfster Form verurteilt hat, wird sich aber auch nicht die Blöße geben können, sich eines ähnlichen „Verrats“ schuldig zu machen, und muß auf einer „umfassenden gerechten Lösung“ des gesamten arabisch-israelischen Konflikts bestehen, d.h. auf einer Wahrung der Rechte der Palästinenser, einer für Israel noch weit schwerer erfüllbaren Bedingung als die Räumung der Golan-Höhen. Durch die Geheimverhandlungen der PLO mit Israel und die Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens bekam Syrien unerwartet die Chance, sich auf seine eigenen nationalen Interessen zu konzentrieren, ohne im Falle eines Handels „Golan gegen Frieden“ den Makel des Separatfriedens zu riskieren. Dennoch hat Hafiz al-Asad das Gaza-Jericho-Abkommen als „schmerzliche Überraschung“ bezeichnet und, anders als Jordanien, Ägypten, die

Maghrebstaaten und die arabischen Golfstaaten, seine ausdrückliche Zustimmung verweigert. Arafat erhielt bei einem Besuch in Damaskus kurz vor Unterzeichnung des Abkommens lediglich die Auskunft, daß Syrien „weiterhin die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützt“ und daß es diesem und dessen Institutionen zustünde, die dafür notwendigen Entscheidungen zu fällen<sup>9</sup>, während gleichzeitig Gegner des Abkommens ermuntert wurden, in Syrien und Libanon dagegen zu protestieren<sup>10</sup>. Hafiz al-Asad diagnostizierte zu Recht eine weitere Schwächung der arabischen Verhandlungsposition durch den Alleingang der PLO und wollte nicht mit einem Abkommen identifiziert werden, dessen Erfolg noch keineswegs sicher ist. Andererseits verhielt er sich auch nicht obstruktiv, um nicht eine erneute Isolierung Syriens und die Gegnerschaft der USA zu riskieren.

Inzwischen ist Hafiz al-Asad bei seinem Gipfeltreffen mit dem US-Präsidenten Clinton in Genf am 16. Januar 1994 Israel einen weiteren Schritt entgegengekommen. Auf der anschließenden Pressekonferenz verkündete er: „If the leaders of Israel have sufficient courage to respond . . . a new era of security and stability in which there are normal peaceful relations among all shall dawn . . . We want the peace of the brave, a genuine peace which can survive and last.“<sup>11</sup> Gleichzeitig machte er deutlich, daß Syrien ein Friedensabkommen noch in diesem Jahr anstrebe. Die israelischen Reaktionen waren gedämpft, da der Syrer einmal mehr die USA als Adressaten gewählt hatte, während er das Zusammentreffen mit israelischen Politikern nach wie vor verweigerte<sup>12</sup>; aber so wichtige israelische Persönlichkeiten wie der Staatspräsident Ezer Weizmann und der Chef des militärischen Geheimdienstes, Generalmajor Uri Saguy, nahmen die Friedensbereitschaft Hafiz al-Asads ernst<sup>13</sup>. Syrien hat sich inzwischen auch mit dem Prinzip eines schrittweisen israelischen Rückzugs vom Golan gegen schrittweise Normalisierung der Beziehungen

9 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 8. September 1993.

10 Hafiz al-Asad erklärte dazu: „When the West and Israel demand that we silence opposition groups, let Rabin silence the Likud, which also opposes the agreement“, in: Financial Times vom 21. September 1993.

11 Jordan Times vom 17. Januar 1994.

12 Syrien war bisher nur bereit, eine Delegation arabischer Staatsbürger Israels unter Führung des Knesset-Abgeordneten Abd ul-Wahhab Darawshe zu empfangen. Die Delegation mußte mit ägyptischen Pässen einreisen, in: International Herald Tribune vom 10. März 1994.

13 Vgl. Jordan Times vom 25. Januar 1994; Arab News (Jeddah) vom 26. Januar 1994. Die Aussage Saguy's findet sich in einer Lageanalyse, die auch ein Wachsen des waffentechnischen Vorsprungs Israels in den letzten Jahren konstatiert.

7 Bis heute hat Syrien allerdings nicht erreicht, von der amerikanischen „schwarzen Liste“ solcher Staaten gestrichen zu werden, denen die Unterstützung des internationalen Terrorismus vorgeworfen wird (außer Syrien derzeit Iran, Irak, Libyen, Sudan und Nordkorea). Damit bleibt Syrien von amerikanischer Wirtschafts- und Finanzhilfe einstweilen ausgeschlossen; vgl. Jordan Times vom 6./7. Januar 1994.

8 So der syrische Außenminister Faruq al-Shara; vgl. Egyptian Mail vom 6. März 1993.

einverstanden erklärt, sofern Israel zuvor die „Souveränität und Integrität“ Syriens auf dem Golan anerkennt<sup>14</sup>. Rabin hat seinerseits seinem eigenen Volk einen „schmerzlicheren Preis für den Frieden als erwartet“ sowie ein Referendum über die Frage des Abzugs vom Golan nach einem Abkommen mit Syrien angekündigt<sup>15</sup>. Der Plan eines israelischen Referendums hat zwar heftige syrische Proteste ausgelöst, er ist aber vor allem als eine Aufforderung an Syrien zu verstehen, seine Vorstellungen von „normalen friedlichen Beziehungen“ so weit zu konkretisieren, daß sie eine Mehrheit der Israelis überzeugen können.

Das syrische Vorgehen im Friedensprozeß unterscheidet sich erheblich von dem des ägyptischen Präsidenten Sadat, der im November 1977 seine Friedensinitiative mit einem spektakulären Besuch in Israel begann. Von Hafiz al-Asad sind auch weiterhin nur kleine, vorsichtige Schritte zu erwarten, die jederzeit die Option eines ehrenvollen Rückzuges offenhalten. Er hat aber in den letzten Jahren eine Reihe von Tabus im Umgang mit Israel gebrochen, ohne daß Israel selbst dafür irgendwelche Gegenleistungen bieten mußte. Sein Land braucht das Wohlwollen der USA und westliche Wirtschaftshilfe bzw. Investitionen, aber noch nicht unbedingt einen Frieden mit Israel<sup>16</sup>. Für die Konsolidierung des syrischen Zugriffs auf den Libanon wäre sogar eine Stagnation des Friedensprozesses wahrscheinlich vorteilhafter.

---

### III. Der Libanon – Geisel des Nahostkonflikts

---

Anders als Syrien hat der Kleinstaat Libanon (10 450 km<sup>2</sup>; derzeit ca. 3,5 Millionen Einwohner) nie eine militärische Bedrohung für Israel dargestellt, wohl aber seit 1968 bis heute ein ständiges „Sicherheitsproblem“ für die israelische Nordgrenze. Der Libanon ist zwar von den großen Nahostkriegen 1967 und 1973 verschont geblieben, dafür aber seit 1968 ständiger Schauplatz arabischer – seit 1983 auch iranischer – Stellvertreterkriege gegen Israel gewesen und hätte durch ein Scheitern der Nahost-Friedensverhandlungen am meisten zu verlieren. Seine Regierung hat aber inzwischen keinerlei Handlungsfreiheit mehr ohne Zustimmung Syriens.

14 Vgl. Der Spiegel, Nr. 4 vom 24. Januar 1994, S. 118f.

15 Vgl. International Herald Tribune vom 19. Januar 1994.

16 Vgl. Fred H. Lawson, Domestic Transformation and Foreign Steadfastness in Contemporary Syria, in: Middle East Journal, 48 (1994) 1, S. 47–64.

Das Ende der libanesischen Schonzeit begann nach dem Krieg von 1967 mit der Bewaffnung der seinerzeit ca. 400 000 palästinensischen Flüchtlinge. Schon in den Jahren 1969 und 1973 verhinderten Syrien und andere arabische Staaten ein Vorgehen libanesischer Sicherheitskräfte gegen die PLO, die vom Südlibanon aus eine Dauerkleinkriegsfront gegen Israel eröffnete, selbst zum Staat im Staate und schließlich zur Partei wurde in einem Bürgerkrieg von Christen und Muslimen um die Vormacht im Land. Syrien intervenierte zwar 1976 vorübergehend gegen die PLO im Libanon – um ein Gleichgewicht der Kräfte zu wahren und das Gesetz des Handelns in der Hand zu behalten –, überließ dieser jedoch im südlichen Drittel des Landes das Feld, bis eine israelische Großinvasion im Sommer 1982 die PLO aus Beirut und dem Südlibanon vertrieb und die Syrer vorübergehend bis zur Straße Beirut – Damaskus zurückdrängte. Zur Zeit der israelischen Besetzung der südlichen Landeshälfte hat eine – von Syrien unabhängige – libanesisch-syrische Regierung bereits einmal ein Abkommen mit Israel unterzeichnet (17. Mai 1983). Es sah als Gegenleistung für einen israelischen Truppenabzug die Öffnung der Grenzen für Warenverkehr, Einschränkung der libanesischen militärischen Präsenz und israelische Beobachtungsposten im südlichen Grenzgebiet sowie das Verbot der Stationierung israelifeindlicher Truppen (d.h. solcher Syriens und der PLO) auf libanesischem Boden vor<sup>17</sup>, war aber gegen Syrien und wiedererstarkende muslimische Milizen nicht durchsetzbar. Israel zog sich unter dem Druck von Widerstandskampagnen der libanesischen Schiiten 1985 bis etwa zu einer Linie zurück, die es schon seit 1978 im Verein mit einer libanesischen Hilfstruppe (seit 1984 *Südlibanonische Armee* genannt) kontrolliert hatte<sup>18</sup>, und verteidigt seitdem diese sogenannte „Sicherheitszone“ mit häufigen Vergeltungsschlägen gegen fortgesetzte Angriffe der schiitischen *Hizbullah* („Gottespartei“), an denen sich gelegentlich auch prosyrische Gruppen der zurückgekehrten PLO beteiligen.

Der Bürgerkriegszustand im Rest des Landes endete im Oktober 1990 mit der Zerschlagung der regulären Truppen des Generals Aoun, der 1989

17 Wortlaut in: CEDRE (The Lebanese Center for Documentation and Research) (ed.), Lebanese-Israeli Negotiations. Chronology, Bibliography, Documents, Maps, Beirut 1984, S. 297–310.

18 Am 14. März 1978 begann Israel seine erste gegen die PLO gerichtete Invasion des Südlibanon bis zum Litani-Fluß und zog im Juni 1978 seine Truppen bis auf einen Grenzstreifen von ca. 850 km<sup>2</sup> zurück; diese „Sicherheitszone“ wurde nach der zweiten Invasion und dem neuerlichen Teilrückzug im Juni 1985 auf ca. 1 100 km<sup>2</sup> erweitert.



eine Kampagne gegen die syrische Besatzung geführt hatte. Ab April 1991 wurden die diversen christlichen und muslimischen Bürgerkriegsmilizen entwaffnet und aufgelöst, mit Ausnahme der von Iran finanzierten *Hizbullah*, deren gesamter Waffennachschub nach wie vor über Syrien läuft und die seit Jahren auch über Katyusha-Raketen zum Beschuß des nordisraelischen Grenzgebiets verfügt. Im Juli 1993 versuchte Israel mit einer massiven Strafaktion gegen die südlibanesischen Zivilbevölkerung (Bombardierung von 75 Ortschaften vom 23.–30. Juli, sogenannte *Operation Accountability*), die libanesischen Regierung zu Maßnahmen gegen die *Hizbullah* zu zwingen. Syrien verhinderte jedoch die Stationierung von mehr als nur symbolischen Kontingenten der libanesischen Armee im Grenzgebiet, da es die Aktionen der *Hizbullah* nach wie vor als nützliches Druckmittel gegen Israel auffaßt<sup>19</sup>.

Die Vereinnahmung der libanesischen politischen Institutionen durch Syrien – besonders durch einen „Bruderschaftsvertrag“ vom 22. Mai 1991 – ist in keinem Land so heftig kritisiert worden wie in Israel; andererseits hat Israel, das 1982 unter der Führung von Menachem Begin und Ariel Sharon noch die Verwandlung des Libanon in eine Art Protektorat unter der Vorherrschaft pro-israelischer Christen angestrebt hatte, sich inzwischen mit vielen Veränderungen abgefunden und macht einen gleichzeitigen Abzug der Syrer nicht mehr zur Bedingung für eine Räumung der „Sicherheitszone“. Die von Israel verlangten Sicherheitsgarantien für seine Nordgrenze könnten inzwischen von der libanesischen Armee geleistet werden, die mit 45 000 Mann bereits das Dreifache ihrer Vorbürgerkriegsstärke erreicht hat. Die libanesischen Delegation bei den Nahost-Friedensverhandlungen hat sich bisher aber auf den Standpunkt gestellt, Israel müsse die Resolution Nr. 425 des UN-Sicherheitsrates vom 19. März 1978 erfüllen und *bedingungslos* abziehen<sup>20</sup>.

Einem libanesisch-israelischen Abkommen stünden dennoch wenig Hindernisse entgegen, sobald Syrien seinerseits mit Israel eine Einigung über die Rückgabe der Golan-Höhen erzielen könnte. Soll-

ten die syrisch-israelischen Verhandlungen aber ergebnislos bleiben und eine neue Ära der Konfrontation anbrechen, müßte der Libanon unweigerlich einen noch höheren Preis bezahlen als schon jetzt. Eine schwache Hoffnung bleibt, daß die unter starkem syrischen Druck stehende libanesischen Regierung (seit November 1992 unter dem Ministerpräsidenten Rafiq Hariri, der selbst keineswegs als syrischer Vasall einzustufen ist)<sup>21</sup> den Kleinkriegsschauplatz Südlibanon auch gegen syrische Wünsche entschärfen kann, da auch eine Mehrheit der schiitischen Zivilbevölkerung die Handlungsfreiheit der *Hizbullah* beschränkt haben will.

---

#### IV. Jordanien – Rivalität mit der PLO

---

Die Streitkräfte des damaligen *Transjordanien* waren während des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948/49 als einzige arabische Armee erfolgreich und eroberten einen großen Teil des im UN-Teilungsplan von 1947 einem arabischen Staat Palästina zugesprochenen Territoriums einschließlich Ost-Jerusalems. Es wurde als sogenannte *Westbank* (Westjordanland, 5 700 km<sup>2</sup>) in das *Haschemitische Königreich Jordanien* (89 200 km<sup>2</sup>) eingegliedert, ging aber im Junikrieg 1967 vollständig an Israel verloren. Als Folge der Vertreibungen und Flüchtlingsbewegungen von 1948/49 und 1967 sind heute mindestens 1,8 der 3,9 Millionen Einwohner Rest-Jordanien palästinensischer Herkunft<sup>22</sup>. 1970 scheiterte die PLO, die seinerzeit ihre Hauptbasis in Jordanien hatte, nur knapp bei dem Versuch, König Husain zu stürzen und die Macht im Land an sich zu reißen. Die Wunden der Auseinandersetzung von 1970/71 sind inzwischen verheilt, und schon 1983 suchte Arafat erstmals durch Anlehnung an König Husain die Anerkennung als Verhandlungspartner durch Israel zu gewinnen<sup>23</sup>.

21 Vgl. Andreas Rieck, Rafiq Hariri (Kurzbiographie), in: *Orient*, 34 (1993) 2, S. 179–183.

22 Nach jüngsten offiziellen Angaben leben in Jordanien 1,08 Millionen Flüchtlinge und deren Nachfahren von 1948 und 672 000 von 1967; vgl. *Jordan Times* vom 23. September 1993, zit. in: Erhard Franz, *Jordanien 1993*, in: T. Koszowski/H. Mattes (Anm. 19), S. 99–104. Inoffizielle Schätzungen gehen jedoch von einem palästinensischen Bevölkerungsanteil von über 60 Prozent aus.

23 Vgl. Asher Susser, *The Palestinian Liberation Organization*, in: Colin Legum/Haim Shaked/Daniel Dishon (eds.), *Middle East Contemporary Survey*, Vol. 7 (1982–1983), New York–London 1985, S. 275–330; hier S. 280f., 294.

Unter dem Eindruck der palästinensischen *Intifada* verzichtete König Husain im Juli 1988 auf die administrative Zuständigkeit Jordaniens für die Westbank und machte damit den Weg frei für die Ausrufung eines „Staates Palästina“ durch den *Palästinensischen Nationalrat*<sup>24</sup> (Konferenz in Algier, 11.–15. November 1988). Tatsächlich sind die Bindungen Jordaniens zur Westbank, deren einziges Tor zur arabischen Welt seit 1967 die Allenby-Brücke über den Jordanfluß bei Jericho ist, jedoch eng geblieben, besonders im wirtschaftlichen Bereich.

König Husain, der schon 1967 gegen seinen Willen in den Krieg mit Israel gezogen wurde, hatte stets das größte Interesse aller arabischen Staatschefs an der Beilegung des Konflikts, der eine ständige latente Bedrohung für sein Regime bedeutet. Seit den siebziger Jahren haben die israelischen Rechtsparteien, die auf keinen Teil der Westbank verzichten wollen, zusehends offener die These „Jordanien ist Palästina“ vorgetragen und einer Machtübernahme der Palästinenser in Jordanien das Wort geredet. (1970 haben hingegen israelische Drohungen Syrien daran gehindert, auf seiten der PLO in den jordanischen Bürgerkrieg einzugreifen).

Während des Golfkriegs 1991 zwang die Stimmung in der Bevölkerung den König zu einer militanten Haltung auch gegenüber Israel, aber nach dessen Ende wagte er sich noch vor Hafiz al-Asads Einlenken mit der Aufforderung an arabische Staatsmänner vor, die Tabus zu brechen und direkt mit Israels Politikern zu verhandeln (woraufhin prompt eine israelische Einladung nach Jerusalem folgte, auf die er nicht eingehen konnte)<sup>25</sup>. Als die PLO mit ihrer Zustimmung zu einer gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation für die Nahost-Friedensverhandlungen zögerte, erklärte Jordanien, notfalls auch ohne Einvernehmen mit der PLO daran teilnehmen zu wollen<sup>26</sup>.

Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen der Nahostkonferenz einigten sich die Delegationen Jordaniens und Israels im Oktober 1992 auf ein gemeinsames Dokument, das zwar nur als „Agenda“ für weitere Verhandlungen bezeichnet wurde, aber bereits eine Gewaltverzichterklärung enthielt. Seine Unterzeichnung (mit minimalen Änderun-

gen) verzögerte sich jedoch aus Rücksicht auf die anderen Teilnehmer um fast ein Jahr. Nach der Bekanntgabe der auch vor Jordanien geheimgehaltenen Verhandlungen in Oslo war der Weg jedoch frei, und nur einen Tag nach der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens in Washington folgte ebendort die der jordanisch-israelischen „Agenda“ durch die jeweiligen Verhandlungsleiter<sup>27</sup>.

Seitdem haben jordanisch-israelische Verhandlungen weitere Fortschritte gemacht; die jordanischen Parlamentswahlen, die zunächst verschoben werden sollten, um nicht das Gaza-Jericho-Abkommen zum Wahlkampfthema zu machen, konnten am 8. November 1993 fristgerecht durchgeführt werden und erbrachten Stimmenverluste für die islamistischen Gegner des Abkommens<sup>28</sup>. Rabin und sein Außenminister Shimon Peres sollen sich mit König Husain getroffen haben, um dessen Bedenken hinsichtlich der Entwicklung in der Westbank zu zerstreuen<sup>29</sup>; Jordanien wünschte z. B. keine alleinige Kontrolle der PLO über die Jordanbrücke und wollte sicherstellen, an dem erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Eintreffen internationaler Hilfsgelder angemessen beteiligt zu werden. König Husain forderte später Arafat ultimativ auf, Jordaniens wirtschaftliche Rolle während der Übergangsperiode zu palästinensischer Autonomie in der Westbank vertraglich festzuschreiben, andernfalls würde Jordanien mit Israel allein darüber verhandeln<sup>30</sup>. Ein entsprechendes Abkommen vom 7. Januar 1994 gewährt jordanischen Banken die gewünschte Schlüsselposition<sup>31</sup>, und weitere jordanisch-palästinensische Abkommen über Sicherheitskooperation folgten<sup>32</sup>.

Schon im November 1993 gab es Pressemeldungen über ein angeblich unterschrittsreifes Friedens-

27 Wortlaut in *International Herald Tribune* vom 15. September 1993. Das Dokument ruft zur Schaffung sicherer und anerkannter Grenzen auf der Basis der UN-Resolutionen Nr. 242 und 338 auf und sieht eine Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Handel, Tourismus, Energie und Wasserwirtschaft vor, über deren Konkretisierung noch verhandelt werden soll.

28 Vgl. H. Dobers (Anm. 2), S. 33.

29 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. September 1993; *Le Monde* vom 6. November 1993. In früheren Jahren sollen schon zahlreiche Treffen des König Husain mit führenden israelischen Politikern stattgefunden haben. Ende 1993 wurden sie von diesen an die Öffentlichkeit getragen, um den König unter Druck zu setzen, sich zu den Gesprächen zu beken-

30 Vgl. *Financial Times* vom 4. Januar 1994.

31 Vgl. *International Herald Tribune* vom 8./9. Januar 1994.

32 Vgl. *Jordan Times* vom 19. Januar 1994; *Financial Times* vom 17. Februar 1994.

24 Der Palästinensische Nationalrat, das 1964 geschaffene Exilparlament der Palästinenser, steht seit 1968 unter dominierendem Einfluß der PLO; ein Gremium des Nationalrates, der Zentralrat, wählte Yassir Arafat am 1. April 1989 zum „Präsidenten Palästinas“.

25 Vgl. *International Herald Tribune* vom 3. Juni 1991.

26 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 18./19. August 1991.

abkommen mit Israel, die allerdings von Jordanien nicht bestätigt wurden<sup>33</sup>. König Husain erklärte am 27. Januar 1994, daß Jordanien kein formelles Abkommen *vor* Syrien unterzeichnen, aber die politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Kontakte mit Israel fortsetzen werde. Wenn 1994 kein Frieden im Nahen Osten geschlossen werde, erwarte die Region eine Ära tiefer Instabilität; sollte aber die Beseitigung der physischen und wirtschaftlichen Barrieren gelingen, dann stünde der Nahe Osten vor einer glänzenden Zukunft<sup>34</sup>.

Jordaniens größte bilaterale Probleme mit Israel sind die Verteilung der Wasserressourcen des Jordan und seines Nebenflusses Yarmuk sowie die Frage der Rückführung von palästinensischen Flüchtlingen, die von Israel bisher strikt abgelehnt wird. Die PLO engagiert sich heute ironischerweise stärker für eine Konföderation der Westbank (und des Gaza-Streifens) mit Jordanien als dessen Regierung, weil letztere unkontrollierbare politische Auswirkungen auf das jordanische Kernland befürchtet. Die Frage der Kompetenzverteilung zwischen dem neuen „Staatschef“ Arafat und König Husain wird in jedem Fall problematisch bleiben, wenn der Friedensprozeß zwischen der PLO und Israel weiter Fortschritte macht.

---

## V. Ausblick: Die Entscheidung liegt bei Israel

---

Ungeachtet der vielen Rückschläge, die der Friedensprozeß seit Beginn der Verhandlungen im Oktober 1991 erlebt hat, zuletzt durch das Massaker von Hebron am 25. Februar, ist die Annäherung zwischen Israel und seinen arabischen Kontrahenten, besonders im Falle Syriens und der PLO, eine äußerst ermutigende Entwicklung, die noch 1990 in so kurzer Zeit unvorstellbar war. Daß auf arabischer Seite das alte Feindbild noch sehr lebendig ist und in jeder Krisensituation wieder zum Vorschein kommt, besonders in den Medien, ist angesichts der Dauer und der vielen Opfer des Konflikts nicht verwunderlich. Israel, das arabische Staatsmänner immer wieder zu direkten Gesprächen, d. h. zur Aufhebung der jahrzehnte-

lang praktizierten „politischen Quarantäne“, auffordert, hat seinerseits in den letzten Jahren die Gewaltanwendung im Libanon und den besetzten Gebieten verstärkt fortgesetzt und außer der Anerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes und minimalen territorialen Verzichtes noch kein Zugeständnis gemacht, das seine komfortable Position militärischer Überlegenheit beeinträchtigt hätte.

Um zu einem Friedensschluß mit Syrien zu gelangen – und nur dann wäre ein Frieden mit Jordanien, dem Libanon und dem Rest der arabischen Welt möglich –, müßte Israel jedoch ein wichtiges Element dieser Überlegenheit preisgeben. Zwar haben die USA angeboten, die Sicherheit auf entmilitarisierten Golan-Höhen mit eigenen Truppen zu garantieren<sup>35</sup>, aber ein Teil des israelischen Selbstverständnisses von Unverwundbarkeit aus eigener Kraft ginge unweigerlich verloren. Zudem sind israelische Bedenken, daß Syrien zwar die Golan-Höhen zurückhaben, dafür aber keinen „wirklichen“ Frieden geben will, noch nicht ausgeräumt. Vor allem die unbefriedigenden Perspektiven für die Palästinenser, deren Ambitionen das Abkommen vom September 1993 noch in keiner Weise gerecht wird, lassen selbst bei einem etwaigen Friedensschluß mit allen Nachbarstaaten in Zukunft weitere arabische Forderungen befürchten. Der alte syrische Anspruch, auch für die Palästinenser als Teilvolk des „historischen Syrien“ zu sprechen<sup>36</sup>, ist zwar 1993 scheinbar von Hafiz al-Asad aufgegeben worden, er könnte aber jederzeit reaktiviert werden. Für die zukünftige politische Orientierung Syriens, Jordaniens und des Libanon lassen sich ohnehin keine verlässlichen Prognosen stellen.

Natürlich darf man hoffen, daß ein Nachgeben Israels und formelle Friedensverträge mit seinen arabischen Nachbarn die innenpolitische Entwicklung dieser Staaten positiv beeinflussen würden, bis hin zur Errichtung demokratischer Systeme, von denen Jordanien und der Libanon (trotz syrischer Besatzung) nicht mehr weit entfernt sind. Eine Garantie dafür gibt es aber nicht, und der Verzicht auf militärisch-territoriale Machtpositionen wird in jedem Fall ein Wagnis bleiben. Die Entscheidung darüber können nur die israelischen Wähler selbst fällen.

35 Vgl. International Herald Tribune vom 13. September 1993.

36 Vgl. Daniel Pipes, Greater Syria. The History of an Ambition, New York – Oxford 1990, S. 129–138.

33 Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 12. November 1993.

34 Vgl. Financial Times vom 28. Januar 1994.

Thomas Krapf

## Israel zwischen Krieg und Frieden

Zur Stimmung in Israel nach dem Gaza-Jericho-Abkommen

---

### I. Attentat auf den Friedensprozeß

---

Seit dem 13. September 1993, als Israels Premierminister Yitzhak Rabin und PLO-Chef Yassir Arafat auf dem Rasen des Weißen Hauses einen historischen Händedruck austauschten, hat sich die israelisch-arabische Annäherung trotz wiederholten Stockens kontinuierlich vorwärts bewegt und am 4. Mai 1994 zur Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens in Kairo geführt. Tatsächlich hat jene historische Momentaufnahme eine neue Ära eingeläutet: Konventionalisierte Feindbilder und Tabus haben ihren dogmatischen Charakter eingebüßt. Neue Hoffnungen auf ein Ende des nunmehr hundert Jahre dauernden jüdisch-arabischen Konflikts sind erwacht. Mochte diese Entwicklung an ein Wunder erinnern, so kam deren Eigendynamik fast zum Stehen, als im Morgenrauen des 25. Februar 1994 die Gebete in der Hebroner Ibrahim-Moschee von den tödlichen Schüssen eines israelischen Extremisten erstickt wurden und 37 Palästinenser ihr Leben lassen mußten. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß dieses Verbrechen historische Dimensionen annimmt, insofern es in der kollektiven Erinnerung beider Völker wach bleiben dürfte. Unter diesem psychologischen Aspekt weist es eine Parallele zu dem Pogrom auf, der vor zwei Generationen im gleichen Stadtteil stattfand: Von ihrer politischen Führung angestachelt und von blindem Haß getrieben, drangen damals, am 24. August 1929, arabische Fanatiker in jüdische Häuser ein und ermordeten wehrlose Kinder, Frauen und Männer. Es wurden fünfzig Tote und sechzig Verletzte gezählt. Dieser Auftakt der Vertreibung der Juden aus Hebron ist im kollektiven Bewußtsein der Israeli stets lebendig gewesen. Durch das jüngste Massaker am gleichen Ort wird die israelisch-palästinensische Annäherung zu Beginn der neuen Friedensära einer harten Belastungsprobe ausgesetzt: auf palästinensischer Seite, weil der ohnehin schwere Stand der Pragmatiker in der PLO weiter unterhöhlt wird; auf israelischer Seite, weil die in der Öffentlichkeit

seit den achtziger Jahren umstrittene Präsenz von derzeit vierhundertfünfzehn Siedlern im Zentrum von Hebron nun innenpolitisch höchst explosiven Konfliktstoff liefert: Hatte der Pogrom vor fünf-undsechzig Jahren fast zwei Jahrtausenden ununterbrochenen jüdischen Lebens – mit Ausnahme der Kreuzfahrerherrschaft (1100–1260) – in Hebron ein traumatisches Ende bereitet, so ist die psychologische Wirkung der assoziativen Verbindung mit diesem Tatort nicht zu ignorieren. Derzeit erweist sie sich innenpolitisch als Hindernis, die Ausweisung der jüdischen Siedler aus Hebron durchzusetzen, obgleich eine breite Öffentlichkeit in Israel – einschließlich der Mehrheit im Kabinett – diese Maßnahme für das Gebot der Stunde hält.

Die Opfer des von Baruch Goldstein verübten Massakers waren noch nicht bestattet, als das Verbrechen bereits in reißerischen Schlagzeilen als „letzter Sargnagel des Friedensprozesses“ vermarktet wurde. Hat dieses voreilige Urteil einen Monat später zwar nicht an Überzeugungskraft gewonnen, so ist es auch jetzt noch zu früh, die historische Tragweite von Goldsteins Attentat auf den Friedensprozeß zu beurteilen. Nach wie vor ist der Ausgangspunkt der Gegenwart, in der es um die Zukunft des israelisch-palästinensischen Grundsatzaabkommens geht, ein ganz anderer: Noch vor knapp zwei Jahren hatte der damals in Israel amtierende Premierminister Yitzhak Shamir sein nachträglich in aller Öffentlichkeit erklärtes Ziel verfolgt, bei den Verhandlungen mit den arabischen Gesprächspartnern durch Hinhaltenaktiken zehn Jahre Zeit zu gewinnen, um mit einer halben bis ganzen Million neuer Siedler Cisjordanien ein für allemal demographisch zu annektieren. Daß solche Strategien nun nicht mehr weiter verfolgt werden, motiviert Extremisten wie Goldstein zu Wahnsinnstaten.

Unterdessen stehen die dramatischen Sitzungen der von der Regierung bestellten Untersuchungskommission, die den Hergang des Hebroner Massakers klären soll, im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Es gilt derzeit als wahrscheinlich, daß die Verantwortung für schwerwiegende Fehler der

militärischen und politischen Führung Israels zugeschrieben werden wird. Vor allem illustrieren die meist direkt übertragenen Sitzungen des Untersuchungsausschusses erneut, daß das Problem der besetzten Gebiete allein unter realpolitischen Gesichtspunkten die Zukunft Israels zumindest belastet oder – je nach politischer Anschauung – zerstört. Unter diesem Aspekt geht es im folgenden um die seit dem 13. September 1993 ambivalente Stimmung in der israelischen Öffentlichkeit.

---

## II. Frieden im „absurden Theater“ des Nahen Ostens

---

Aus einer israelischen Gegenwartsperspektive betrachtet, bildet eine Szene „absurden Theaters“, die zu einem Jahrhundertereignis erklärt worden ist, den Auftakt der am 13. September 1993 heraufgedämmerten Umbruchssituation im Nahen Osten mit ihrer Umwertung herkömmlicher Werte: nämlich der nobelpreisverdächtige Handschlag eines Arafat und eines Rabin – des gestern noch von Israel am meisten gesuchten Terroristenchefs und jenes bereits zu Lebzeiten legendären Generalstabschefs des Sechstageskriegs; letzterer hatte erst ein Vierteljahrhundert zuvor die gefährdeten Grenzen Israels wehrhaft gemacht, indem er die syrischen Golanhöhen, die ägyptische Sinaihalbinsel (einschließlich des Gazastreifens) sowie das jordanische Westjordanland erobert hatte. Gewiß, jene Taten stehen nun in der Chronik eines anderen Zeitalters mit einer, so hoffen zumindest die kompromißbereiten Israeli, ungültig gewordenen politischen Doktrin. Am 13. September 1993 begann eine neue Ära; dieses historische Datum liegt noch nicht einmal ein Jahr zurück.

Ein Jahr ist es indessen her, daß Rabin sich geweigert hat, dem Gesellschaftskritiker Yeshayahu Leibowitz den Israelpreis zu überreichen. Der alte Militär in Rabin hätte sich seinerzeit untreu werden müssen, um anlässlich der Verleihung der höchsten Auszeichnung des Staates Israel jenem provozierenden greisen prophetischen Nörgler die Hand zu reichen: Bereits unmittelbar nach dem Sechstageskrieg hatte Leibowitz – zusammen mit keinem geringeren als David Ben Gurion, Premierminister i. R. – die nationale Euphorie gestört, indem er für die Preisgabe der besetzten Gebiete plädiert hatte. Seitdem hat Leibowitz ein Vierteljahrhun-

dert lang unermüdlich die Okkupation wegen ihrer korrumpierenden Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft in Israel gegeißelt. Wegen seiner öffentlichen Aufforderung, den Militärdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern, empfand es Premier- und Verteidigungsminister Rabin Anfang 1993 als Zumutung, diesem *Advocatus Diaboli* die Hand zu geben.

Genießen Politiker den Ruf, die Kunst des Möglichen zu beherrschen, so beweist Rabin ein halbes Jahr später sowohl seine staatsmännische Kreativität als auch seine persönlichen Grenzen. Indem der israelische Regierungschef mit dem Teufel höchstpersönlich einen Händedruck austauscht, wird ein Ausweg aus jener Sackgasse wahrnehmbar, in die sich Israeli und Palästinenser je auf ihre Art hineinmanövriert haben: die Palästinenser, als sie 1947 den UN-Teilungsplan ablehnten und Israel angriffen, was zum israelischen Unabhängigkeitskrieg und der Vertreibung von zirka einer halben Million Palästinensern führte; die Israeli, indem sie seit 1967 die inzwischen auf rund zwei Millionen angewachsene palästinensische Bevölkerung in Cisjordanien und im Gazastreifen ohne bürgerliche Rechte unter Militärbesatzung halten. Als es dann auf dem Rasen des Weißen Hauses – in Bill Clintons Worten – zu dem „historischen Händedruck der Versöhnung“ kommt, ist die Körpersprache des ganzen Yitzhak Rabin verräterisch: Ein verlegenes Lächeln, als Arafat seinen Arm ergreift. Hatte man in Israel guten Grund, angesichts dieser grotesken Szene den eigenen Augen nicht zu trauen, so wirken die folgenden Monate erst recht wie die surrealistische Romanidee eines Mikhail Bulgakow: Im neuen Zeitalter muß Israel im eigenen Interesse versuchen, Arafat politisch zu retten – denselben Arafat, der theatralisch mit Öl-zweig und Pistole gestikulierend Jahrzehnte lang in aller Öffentlichkeit die Vernichtung Israels betrieb, bevor er in jüngster Vergangenheit mit Saddam Hussein gegen den Rest der Welt Waffenbrüderschaft schloß.

---

## III. Motive der religiösen Tradition als psychologischer Faktor

---

Ist der Zionismus eine säkulare politische Ideologie, so mag paradox anmuten, daß seine psychologischen Wurzeln tief in das Erbe der religiösen Tradition des Judentums zurückreichen sollen. Ebenso mag als historische Ironie gelten, daß ein

Theodor Herzl, der Vater der zionistischen Bewegung in Westeuropa, noch nicht einmal Hebräisch konnte, die Traditionssprache des jüdischen Volks. Herzls Distanz zur religiösen Tradition des Judentums ist freilich auch heute unter einer breiten Schicht von Israeli anzutreffen, die wie Herzl nicht die von der Thora gebotene tägliche Gebetsroutine einhält. So mag es wiederum paradox erscheinen, daß der Zionismus – die Heimkehr in ein wirtschaftlich vernachlässigtes, unwirtliches Gebiet – psychologisch durch die Gebete von etwa sechzig Generationen vorbereitet sein soll.

Indessen dürfte es während eines Jahrtausende andauernden Exils vielleicht keine stärkere Verbundenheit mit dem Boden der Vorfahren geben, als die dreimal täglich verrichteten Gebete um die Rückführung in „unser Land“, für welches in Wilna oder London während der naßkalten Wintermonate Regen erfleht wird. In der politischen Geschichte kommt es zur lang ersehnten Rückkehr, während die nach fast zwei Jahrtausenden wiederbelebte Traditionssprache zum geistigen Medium von Menschen mit unterschiedlichsten Weltanschauungen wird. Soziopsychologisch ist bemerkenswert, daß beim täglichen Umgang mit dieser neuen, aus der Antike überlieferten Sprache Motive aus der biblischen und postbiblischen Tradition im Bewußtsein von säkularen und traditionellen Israeli eine starke Überlebenskraft beweisen. Dieses Phänomen, daß an der Schwelle zum einundzwanzigsten Jahrhundert in der politischen Kultur eines modernen, demokratischen Staats Motiven einer religiösen Tradition eine bedeutende psychologische Funktion zukommt, mag auf säkulare Zeitgenossen außerhalb des jüdischen Staates exotisch oder gar befremdend wirken. Gleichwohl soll im folgenden versucht werden, diesen psychologischen Aspekt im politischen Alltag Israels im Blickfeld zu behalten.

---

#### IV. Status quo als Fortsetzung der Schoa

---

Liegt der Beginn des mit dem 13. September 1993 einsetzenden neuen Kapitels jüdisch-arabischer Beziehungen noch nicht einmal ein Jahr zurück, so ist das psychologische Klima in Israel nach wie vor von der Erfahrung der Schoa (Katastrophe) bestimmt. Bei aller Erleichterung über Yassir Arafats Kursänderung hat diese mitnichten zu ändern vermocht, daß die Zukunftsperspektiven der Be-

fürworter und Gegner politischer Kompromisse in Israel von apokalyptischen Aussichten bestimmt sind. Diese hängen je auf ihre Weise mit jüngsten, ernüchternden Erfahrungen des vernichtenden Potentials des Judenhasses zusammen: Ist dieser so alt wie das Abendland selbst, so konnte im zwanzigsten Jahrhundert ein Drittel des jüdischen Volkes ermordet werden, ohne daß den Mördern in den Arm gefallen wurde.

Rechnerisch hat der Staat Israel seit seiner Gründung im Jahr 1948 keine fünf Jahre ohne kriegerische Auseinandersetzung mit äußeren Feinden erlebt<sup>1</sup>. In der israelischen Öffentlichkeit besteht von rechts bis links ein Konsens, daß es sich bei den bisherigen militärischen Auseinandersetzungen überwiegend um Verteidigungskriege gehandelt hat. Lediglich der Libanonkrieg (1982–1985) wird von der israelischen Linken als israelischer Aggressionskrieg gesehen. Analog gilt die 1987 ausgebrochene Intifada – welche in der genannten Statistik von Waffengängen mit äußeren Feinden freilich unberücksichtigt bleibt – in der israelischen Friedensbewegung als von Israel verschuldet. Nach ihrer Auffassung hat die Entrechtung der palästinensischen Zivilbevölkerung durch die israelischen Militärbesatzungsorgane sowie die in erster Linie von Likud-Koalitionen der Jahre 1977–1992 forcierte Siedlungspolitik<sup>2</sup> zwischen Israel und der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten unnötigen Konfliktstoff geschaffen, der zwangsläufig zu einem gewalttätigen Volksaufstand führen mußte. So sind aus der Sicht der israelischen Friedensbewegung der Libanonkrieg und die Intifada das Ergebnis schwerwiegender, um nicht zu sagen unverzeihlicher politischer Fehler, die von Israel begangen wurden, als der Staat von Rechtsparteien regiert wurde.

Bei aller Kritik an den genannten Todsünden der Regierungen Begin und Shamir wird von den zu einem Kompromißfrieden bereiten Israeli jedoch nicht bestritten, daß der jüdische Staat bislang nur hat überleben können, weil dessen Existenz durch militärische Stärke gesichert gewesen ist. Unter diesen Umständen ist in der israelischen Friedensbewegung das Bewußtsein anzutreffen, daß bei einem Kompromißfrieden das Fortbestehen des Staates zur Disposition gestellt wird. Daß dennoch die Risikobereitschaft besteht, selbst um den höch-

1 1948: Unabhängigkeitskrieg; 1956: Sinaikrieg; 1967: Sechstagekrieg; 1968–1971: Zermürbungskrieg an der ägyptischen Grenze; 1973: Yom Kippur-Krieg; 1982–1985: Libanonkrieg; 1991: Golfkrieg.

2 Durch die bis 1977 von Regierungen der Arbeiterpartei verantwortete Siedlungspolitik waren 20 000 israelische Siedler in die besetzten Gebiete gezogen.

sten Einsatz, nämlich um die eigene staatliche Existenz, zu pokern, hängt mit der apokalyptischen Zukunftsperspektive zusammen, die den Befürwortern eines Kompromißfriedens vor Augen steht: Sollte es weiterhin alle paar Jahre Krieg geben, so steht über kurz oder lang ein durch Massenvernichtungswaffen angerichtetes Inferno bevor, das zumindest Israel und die Region zerstören würde.

Ging der kalte Krieg vorüber, ohne daß Ost und West von einem Flächenbrand endzeitlichen Ausmaßes erfaßt wurden, so enthält die Chronik des Nahostkonflikts einen Vorgeschmack auf militärische Konflikte mit strategischen Waffen: den Golfkrieg, Anfang 1991. In jenen sechs Wochen gehörte Raketenalarm zum Abendprogramm der israelischen Zivilbevölkerung. Inzwischen weiß jedermann, daß die angelegten Gasmasken in luftdicht versiegelten Wohnräumen keinen Schutz boten – abgesehen vom subjektiven Beruhigungseffekt angesichts der Lebensgefahr und der totalen Hilflosigkeit. Diesen hatte man ja auch der beruhigenden, paternalen Radiostimme des Militärsprechers nicht absprechen können, die mit dem Aufheulen der Sirenen unbeirrbar einschärfte: „Trinken Sie Wasser!“

Durch die neununddreißig auf Israel abgeschossenen Scud-Raketen wurden 14 Israeli getötet und 235 verletzt. Daß diese Opferstatistik nicht verheerender aussieht, ist lediglich dem Umstand zu verdanken, daß die damals dem Irak verfügbaren Geschosse waffentechnisch geradezu primitiv waren. Nichtsdestoweniger hatten die Scuds eine psychologische Wirkung. Als Erstprodukt einer neuen Waffengeneration, die den Angegriffenen einen nur in Sekunden meßbaren Zeitraum läßt, um sich in Sicherheit zu bringen, waren die Scuds Vorboten eines neuen Kriegszeitalters. Im Golfkrieg konnten sich Tausende von Tel Avivern noch für die Flucht in die von den Scuds unerreichbaren südlichen Landesteile entscheiden. Angesichts der inzwischen technisch perfektionierten, mit mathematischer Präzision einschlagenden ballistischen Waffen sind jedoch keine Zweifel mehr möglich, daß es künftig für eine millionenstarke Zivilbevölkerung in keinem Dorf und in keiner Höhle Sicherheit mehr geben wird.

Das Gefühl der Nacktheit des Landes in künftigen Kriegen, daß nämlich die Zivilbevölkerung ohne jeden Schutz die hilflose Zielscheibe von erbarmungslos treffsicheren, konventionell oder unkonventionell bestückten Raketen sein wird, veranlaßt Befürworter und Gegner eines Kompromißfriedens in Israel, unterschiedliche Schlußfolgerungen

zu ziehen. Die Friedensbewegten halten die Akzeptanz des chronischen Kriegszustandes für politischen Selbstmord. Gewiß, bislang konnten die israelischen Kriegsoffer von Technokraten als schmerzlicher, demographisch aber verkraftbarer Aderlaß verbucht werden. Hingegen ist angesichts der Waffen, die in den Arsenalen der Region angehäuft werden, bei einem weiteren Waffengang mit einem apokalyptischen Drama zu rechnen. In der unmittelbaren Nachbarschaft hat Syrien nach Ende des Golfkriegs in Nordkorea mehrere Dutzend verbesserte (treffsichere) Scud-C-Raketen sowie eine Produktionsanlage für Scud-Cs eingekauft. Zwar steht zu hoffen, daß diese Bedrohung ausgeschaltet oder zumindest entschärft werden wird, sei es durch die neuerlich möglich erscheinende israelisch-syrische Annäherung, sei es durch die Impotenz der nach dem Verschwinden der bisher zuliefernden Sowjetunion morsch werdenden syrischen Militärmaschinerie des altersschwachen Assadschen Regimes. Wie immer dem auch sei, auf absehbare Zeit hat Israel mit den in Syrien vorhandenen Massenvernichtungswaffen zu rechnen.

Ferner versprechen die Entwicklungen in der weiteren Nachbarschaft nichts Gutes: Politische und militärische Kreise in Israel sehen Grund zu der Befürchtung, daß der Iran und der Irak in nicht allzu ferner Zukunft in der Lage sein könnten, mit atomaren Sprengköpfen bestückte Raketen auf Israel abzufeuern. Nach israelischen Schätzungen könnte die Technologie, die zur Zeit aus Deutschland und den GUS-Staaten in den Iran geht, Teheran in acht bis zehn Jahren solchen Irrsinn ermöglichen. Noch früher erscheint Entsprechendes im Irak möglich – nämlich zwei bis drei Jahre nach Aufhebung der Kontrolle durch die internationale Staatengemeinschaft, die gegenwärtig ohnehin nur partiell funktioniert. Diese Entwicklungen finden in einem geopolitischen und geozologischen Kontext statt, in dem zumindest aus der israelischen Perspektive das Erstarken der „Islamischen Internationale“ bedrohliche Formen annimmt: von Afghanistan und Pakistan über den Iran, den Libanon, die von Israel besetzten Gebiete, Jordanien, Ägypten bis hin nach Algerien und nach dem Sudan. Sehen islamische Fanatiker im jüdischen Staat einen Fremdkörper im Nahen Osten, so ist die israelische Reaktion, mit der Bedrohung durch eine islamische Atomwaffe – etwa aus Iran oder Pakistan – zu rechnen, kaum paranoid. Um so mehr, da das in sämtlichen Nachbarstaaten anzutreffende autokratische Staatssystem chronische politische Instabilität gewährleistet.

Angesichts dieser geopolitischen Situation sowie der immer raffinierter werdenden Waffentechnik

zeichnet sich für die israelische Linke die Wiederholung der Schoa als ein verheerender historischer Prozeß ab: nämlich als Kriege, die Israel über kurz oder lang vernichten werden. Die Vorkämpfer eines Kompromißfriedens verfechten deshalb seit Jahren, daß militärische Sicherheit keine Bürgschaft für den Frieden ist, sondern daß allein der Frieden Israels Sicherheit garantieren wird. Jedoch ist es über Jahrzehnte realpolitisch nicht möglich gewesen, diese Maxime in die Wirklichkeit umzusetzen. Erst seitdem sich die Kraftfelder des kalten Krieges auch im Nahen Osten aufgelöst haben und im Juni 1992 die nationalistische Regierung Shamir in Israel abgewählt worden ist, steht Israel vor der politischen Alternative, sich auf das Experiment eines Kompromißfriedens entweder einzulassen oder davon Abstand zu nehmen. Dieser Versuch, so die Hoffnung der Friedensbewegten, wird nicht erst am Ende der Menschheitsgeschichte das von den biblischen Propheten angelegte Umschmieden der Schwerter zu Pflugscharen ermöglichen<sup>3</sup>.

---

## V. Das Erbe biblischer Propheten

---

Linksorientierte Israeli neigen vielfach dazu, die jahrtausendelange jüdische Leidensgeschichte, deren letzter tragischer Höhepunkt die Schoa war, als Auftrag zu verstehen, auf eine ganz andere, bessere Zukunft hinzuarbeiten<sup>4</sup>. Ein Interview mit Außenminister Shimon Peres dokumentiert, inwiefern dieses humanistische Ziel den antiken Quellen des Judentums verpflichtet sein kann: Für Peres, der sich als Sozialist versteht und der von 1977 bis 1992 Vorsitzender und Spitzenkandidat der Arbeiterpartei gewesen ist, sind nicht die Denker der Arbeiterbewegung richtungweisend, sondern biblische Propheten<sup>5</sup>. Peres – wie auch andere Befürworter des Friedensprozesses – lassen sich sowohl von der sozialen Botschaft biblischer Propheten inspirieren als auch von deren Friedensvision, in der der Homo faber die Urbarmachung von Wüsten dem Kriegshandwerk vorzieht<sup>6</sup>.

Ist das Denken und Handeln politisch engagierter Zeitgenossen in Israel von prophetischen Tradi-

tionen inspiriert, so soll dies nicht romantisch idealisiert werden. Gilt doch die grundsätzliche Bereitschaft, durch territorialen Verzicht Frieden zu machen, auch in linken Kreisen außerhalb Israels als Desiderat – jedenfalls dürfte es sich um ein universales Phänomen handeln, wenn Linksliberale die Betonung nationaler Souveränität u. ä. als chauvinistischen Nationalstolz und Engstirnigkeit ablehnen. Nichtsdestoweniger scheinen biblische Propheten Pate zu stehen, wenn Frieden und soziale Gerechtigkeit an oberster Stelle auf der Prioritätenskala der Friedensbewegten in Israel stehen. Zwar manifestiert sich dies niemals durch bedingungslose Kriegsdienstverweigerung – nach neuzeitlichen Rechtsbegriffen zwar ein Grundrecht, jedoch in der Praxis mitunter ein Privileg, das zumindest in der Realpolitik des von Feinden umzingelten jüdischen Staats Selbstmord wäre. Aber auch ohne die Option pazifistisch motivierter Kriegsdienstverweigerung ist die Priorität, die soziale Gerechtigkeit und Frieden für die linksorientierten Friedensbewegten in Israel haben, durch den Kontrast zur Werteskala der Nationalisten deutlich: Letzteren ist nichts wichtiger als der Besitz von Gebieten, die dem jüdischen Volk laut jahrtausendelanger göttlicher Verheißungen zugesagt sind, weswegen in der Gegenwart Eigentum an enteignetem Boden ein sankrosankter Rechtsanspruch sein soll.

Indem Befürworter eines politischen Kompromißfriedens mit den arabischen Nachbarn für Gerechtigkeit und Frieden kämpfen, scheint auch auf einer existentiellen Ebene eine Parallele zu biblischen Propheten erkennbar, obgleich dies nicht bewußt reflektiert wird: Im politischen Kräftespiel ihrer Zeit machten sich Propheten immer wieder Todfeinde mit ihrer Forderung, daß die Außenpolitik ihres Staatswesens unter Ignorierung der kalkulierbaren politischen Faktoren zu gestalten sei. Im ersten Jahrtausend vor der Zeitrechnung lautete ihr alternatives Konzept: bedingungsloses Vertrauen in den Gott Israels, weil dieser sein Volk auch in der Vergangenheit nicht im Stich gelassen hatte. Diese geschichtstheologische Begrifflichkeit dürfte auf die linksliberale, überwiegend säkular orientierte Friedensbewegung in Israel befremdlich wirken. Insofern scheint eine Ironie darin zu liegen, daß sich israelische Befürworter des Kompromißfriedens – meist ohne dies zu ahnen – jene Maxime der Propheten zu eigen machen: daß nämlich die Gefährlichkeit absehbarer Risikofaktoren, konkret ein möglicher Vernichtungskrieg mit modernster Massenmordtechnik, die Außenpolitik nicht bestimmen darf.

3 Jesaja 2,2–4; Micha 4,1–4.

4 Vgl. Shimon Peres, *The New Middle East*, New York 1993, S. 183ff.

5 Vgl. *Le Monde* vom 28. 12. 1993, S. 2.

6 Vgl. S. Peres (Anm. 4), S. 69, 132.



---

## VI. Status quo als Überlebensrezept

---

Nationalistische Kreise in Israel bringen ihre Ablehnung der israelisch-palästinensischen Grundsatzerklärung durch den Vergleich mit dem Münchener Abkommen von 1938 zum Ausdruck. Daß die politische Rechte Verzicht auf Territorium oder auf geopolitische Interessensphären als Ausverkauf und Verrat an der Nation empfindet, kann freilich auch außerhalb Israels beobachtet werden. Gleichwohl dürfte die Assoziation mit dem politischen Fehler Chamberlainscher *Appeasement*-Politik einen psychologischen Aspekt beleuchten, der spezifisch israelisch ist: nämlich, daß territoriale Verzichte für israelische Nationalisten mit einer Wiederholung der Schoa gleichbedeutend sind.

An eine alte biblische Tradition aus der Mosezeit<sup>7</sup> anknüpfend, ist *Amalek* die Verkörperung von Israels Todfeind, welcher das Ziel verfolgt, das Volk Israel zu vernichten. In den späteren Epochen der zweitausendjährigen Diaspora- und Leidensgeschichte des jüdischen Volks ist keiner Generation die Begegnung mit Amalek erspart geblieben, bis dann in diesem Jahrhundert ein Drittel des jüdischen Volks im nazistischen Amalekreich zu Asche gemacht wurde. Damit nicht genug: Die wenigen, denen es gelang, sich aus den Vernichtungslagern in das Land ihrer Väter zu retten, stießen im fruchtbaren Halbmond wie eh und je auf Amalek – in Gestalt der arabischen Nachbarn, die sich die Vernichtung des jüdischen Staats auf die Fahnen geschrieben hatten. Einer der prominentesten Amalek-Gestalten der Gegenwart ist der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat, der mit einer angeblichen, jedoch niemals nachgewiesenen Blutsverwandtschaft mit Haj Amin al-Husseini prahlt, jenem Mufti von Jerusalem, der Hitlers Völkermord an den Juden tatkräftig unterstützt hatte. Lassen diese historischen Querverbindungen ganz frische und doch so uralte Traumata lebendig werden, so eignet der Assoziation mit Chamberlains politischem Verzicht eine existentielle Note, die spezifisch jüdisch ist: die Kapitulation vor Amalek, vor jener Macht, die in jeder Generation aufs neue versucht, das jüdische Volk vom Erdboden zu vertilgen.

Trotz der geographischen Nähe zu Hochburgen des Islam ist die Unkenntnis über die moslemische Kultur in Israel weit verbreitet. Ist dies schon Vorurteilen förderlich, so werden solche außerdem durch den Umstand begünstigt, daß die übelsten

Verirrungen religiöser Ideologie im Bewußtsein einer breiten israelischen Öffentlichkeit den Islam repräsentieren. Anknüpfungspunkt sind Mordanschläge, die seit einigen Jahren immer wieder von islamisch-fundamentalistischen Selbstmordkommandos auf israelische Zivilisten verübt werden, mit charakteristisch blutrünstiger Note, indem sprichwörtlich mittelalterliche Mordwaffen wie Schwerter, Äxte, Messer u. ä. verwendet werden. Unter diesen Voraussetzungen legt die israelische Rechte gegenüber allem Arabischen eine tiefe Verachtung an den Tag. So, als erschöpften sich die Charakteristika arabischer Kultur in außenpolitischem Expansionismus, pathologischer Grausamkeit, Tyrannei, Heuchelei etc., wird alles Arabische und Islamische abgetan, als entstamme es einem Zeitalter vor der Magna Charta. In der Gegenwart wird diese Wahrnehmung etwa durch das palästinensische Nationalabkommen bestätigt, die Verfassung, die die PLO sich 1964 gegeben hat. Sie sieht u. a. die Vernichtung des zionistischen Staates vor und ist somit für israelische Nationalisten ein klares Signal: An der Schwelle zum einundzwanzigsten Jahrhundert, da sich Demokratie und Kapitalismus behauptet haben, redet man in der arabischen Welt wie in antiken Legenden davon, daß man uns vernichten will! Das hat sich noch nicht einmal in der neuen Ära geändert, die mit dem weltweit bejubelten Arafat-Rabin-Handschlag heraufgedämmt sein soll. Denn nachdem Arafat in der israelisch-palästinensischen Grundsatzerklärung die Außerkraftsetzung der für Israel unannehmbaren Artikel des palästinensischen Nationalabkommens akzeptiert hatte, ist nichts derartiges geschehen. Redet die Regierung Rabin dennoch mit diesen Palästinensern, so verfolgt sie die Politik der Judenräte in der Schoa. Diese hatten gemeint, sie könnten ihr Volk retten, indem sie mit den Mördern verhandelten. Auf diese Weise assoziieren israelische Nationalisten die diplomatischen Kontakte mit der PLO mit dem Verhalten von Schafen, die widerspruchslos in die Krematorien laufen. Letztere, historisch höchst problematische Bewertung der Schoa ist ein Eckpfeiler rechter politischer Ideologie in Israel: Nach der historischen Sicht der Rechten wird sich die Wiederholung der Schoa nur vermeiden lassen, wenn der jüdische Staat wehrhaft ist. Da die Welt damals tatenlos zugesehen hatte, darf sich das jüdische Volk seitdem nur auf sich selbst verlassen. In die Realpolitik des Nahen Ostens übersetzt heißt das, daß Israel mit konventionellen und unkonventionellen Waffen bis an die Zähne bewaffnet sein muß. Nur so wird es sich im Vorderen Orient, in einer der gefährlichsten Weltgegenden, gegen die feindlichen Amalekmächte behaupten können.

<sup>7</sup> Exodus 17,8–16; Deuteronomium 25,17–19.

Zwar nicht öffentlich, jedoch bei privaten Anlässen wird mitunter von prominenten Politikern der rechten politischen Szene geäußert, die Arbeitspartei gehe mit dem Einsatz von Israels „atomarer Muskulatur“ viel zu zimperlich um. So sei Premierministerin Golda Meir im Yom-Kippur-Krieg ein gravierender Fehler unterlaufen. Als syrische Truppen fast die Front im Norden durchbrochen hatten, wodurch die Großstadt Haifa in Gefahr gewesen wäre, und als ägyptische Truppen auf die Sinaihalbinsel übergesetzt hatten, hätten klare Verhältnisse geschaffen werden müssen. Anstatt mit konventioneller Kriegsführung zu antworten, hätte Golda Meir Syrien und Ägypten unmißverständliche Ultimaten stellen müssen: „Wir werden in Damaskus und in Kairo ein zweites Hiroshima und Nagasaki anrichten, wenn ihr euch nicht zurückzieht!“

Was eine solche Strategie zu Zeiten des Kalten Kriegs für die Nahost- und Weltpolitik bedeutet hätte, bedarf keiner Erläuterungen. Davon abgesehen ist ohnehin nicht vorstellbar, wie Israel entsprechende radioaktive Strahlendosen hätte überleben sollen<sup>8</sup>. Psychologisch ist festzuhalten, daß die unter israelischen Nationalisten anzutreffende verzweifelte Entschlossenheit, mit dem Feind sich selbst zu zerstören, als Reaktion auf die Erfahrung der Schoa zu verstehen sein dürfte – eine Erfahrung, die seitdem noch einmal gemacht worden ist, freilich unter anderen politischen Voraussetzungen als in den vierziger Jahren in Europa, nämlich vor dem Sechstagekrieg: In jenen kritischen Monaten des Sommers 1967 wurden britische und französische Sicherheitsgarantien aus politischem Kalkül nicht eingehalten. Die ganze Welt war untätiger Zaungast, als Israel allein den Armeen Ägyptens, Jordaniens, Syriens, Iraks, Saudi-Arabiens sowie Algeriens gegenüberstand. Kaum zwei Jahrzehnte nach der Schoa, als die Alliierten sich geweigert hatten, einige Bomben für die Stilllegung der Todesindustrie in Auschwitz bereitzustellen, wurde in jenen kritischen Wochen vor dem Sechstagekrieg das noch frische Trauma lebendig: Die Welt schaut zu, während das jüdische Volk vom Erdboden getilgt wird.

Die verzweifelte Entschlossenheit, mit dem Feind sich selbst zu zerstören, ist ebenfalls ein Motiv, das uns in der biblischen Tradition begegnet: Von seinen Kerkermeistern geblendet, hat Simson, eine legendäre Gestalt mit übermenschlichen physischen Kräften<sup>9</sup>, keinerlei Zukunftsperspektive

mehr. Durch seinen Selbstmord reißt er auch seine Feinde und Peiniger mit in den Tod. Bezeichnenderweise sind Simons letzte Worte – „Sei's denn, daß ich mit den Philistern sterbe!“<sup>10</sup> – im politischen Lexikon der öffentlichen Diskussion in Israel geradezu sprichwörtlich geworden.

---

## VII. Bürgerkrieg – mörderischer Messianismus – eine suizidale Variante des „Nie wieder Massada!“

---

Seit der Staatsgründung Israels ist das Massada-Motiv im kollektiven Bewußtsein der israelischen Öffentlichkeit lebendig: Umgeben von Amalekmächten, die Israel von der Landkarte radieren wollen, können sich Israeli mit jenen Zeloten identifizieren, die sich vor zwei Jahrtausenden über dem Toten Meer in der Massada-Festung verschanzten: Als die römischen Truppen die Festung nach über einem Jahr Belagerung schließlich stürmten, hatten die Insassen bereits kollektiven Selbstmord begangen. Hatte die Diaspora mit der Massada-Erfahrung eingesetzt, so sollte mit der Gründung Israels ein Schlußstrich unter die zweitausendjährige Leidensgeschichte des jüdischen Volks gezogen werden. Im kollektiven Bewußtsein des modernen jüdischen Staates, der sich von bis an die Zähne bewaffneten Amalekmächten umzingelt sah, wurde der Schwur „Nie wieder Massada!“ zum beherrschenden Motiv: Für die meisten Israeli ist dieses Motto Ausdruck für die Entschlossenheit, es nicht zur Vernichtung des Staates Israel und zu einer weiteren Vertreibung kommen zu lassen<sup>11</sup>.

Zwar können suizidale Neigungen dem konservativen Lager nicht pauschal nachgesagt werden. Indessen kristallisiert sich seit der Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen Grundsatzklärung innerhalb des nationalistischen Lagers eine solche Variante des „Nie wieder Massada!“ heraus: Dahinter steht die Überzeugung, daß die Räumung israelischer Siedlungen in Cisjordanien, die als ein Bestandteil des biblischen Landes Israel gelten, einen Verrat an der zionistischen Idee darstellt – nämlich das Überleben des jüdischen Volks durch einen eigenen Staat zu gewährleisten.

10 Richter 16,30.

11 Vgl. Thomas Krapf, „Nie wieder Massada! Das Erbe des Staates Israel als psychologischer Faktor im Nahost-Konflikt“, in: Tribüne, 31 (1992) 121, S. 101–116.

8 Luftlinie Damaskus–Haifa: 160 km; Kairo–Tel Aviv/Jerusalem: ca. 400 km.

9 Richter 13,2–16,31.

Von den etwa 110 000 Siedlern sind zirka siebenzig Prozent Wirtschaftssiedler. Dabei handelt es sich um einen Personenkreis, der nicht aufgrund einer säkularen oder religiösen Großisrael-Ideologie nach Cisjordanien gezogen war. Als die Miet- und Kaufpreise in Israel sehr hoch waren, hatten staatliche Subventionen einen attraktiven Wohnungsmarkt in den besetzten Gebieten geschaffen: eine halbe bis dreiviertel Stunde Fahrtzeit zum Arbeitsplatz in Tel Aviv oder Jerusalem, Wohnungen zu Billigstpreisen, gut organisierte (staatlich subventionierte) Dienstleistungen in den Schlafstädten, diese meist in pastoraler Berglandschaft gelegen – warum sollte man da widerstehen? Offenbar dachte die Mehrheit der Bevölkerung anders, insofern die zirka 80 000 Wirtschaftssiedler kaum zwei Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels ausmachen. Denn trotz schwindelerregender Preise auf dem Immobilienmarkt ist doch ein Mindestmaß politischer Indifferenz nötig, um sich auf derartige Geschäfte einzulassen. Wer tatsächlich außerstande gewesen war, über den Stacheldraht der eigenen Siedlung hinaus zu erkennen, daß die politische Zukunft der besetzten Gebiete mittel- oder langfristig ungewiß sein würde, konnte zumindest nicht in der eigenen Privatsphäre die physische Gefahr auf dem täglichen Weg zum Arbeitsplatz verkennen. Waren doch diese Fahrten spätestens in den Jahren der Intifada lebensgefährlich geworden.

Die tatkräftige finanzielle und politische Förderung der Siedlungen durch die Regierung Shamir hatte Anfang der neunziger Jahre nicht allein für Traumpreise auf dem Immobilienmarkt gesorgt, die empirische Gesetzmäßigkeiten der Volkswirtschaft Lügen strafen. Politisch explosiver als die investierten Milliardenbeträge<sup>12</sup> ist das damals entstandene psychologische Klima, dessen Auswirkungen nach dem Massaker in der Ibrahim-Moschee mehr denn je spürbar sind. Unter militantem Gebahren verschanzen sich nun extremistische Siedler in ihren meist luxuriösen Siedlungen, nachdem sie über viele Jahre vom Staat als Fackelträger der zionistischen Idee verhätschelt worden sind. „Hebron ist Israel“ heißt ihr Slogan, wenn über die Ausweisung von 415 Siedlern aus dem Stadtzentrum diskutiert wird.

Trotz ihrer geographischen Nähe liegen die Siedlungen für eine breite Öffentlichkeit in Israel auf einem anderen Planeten. Das zeigen beispielsweise die Schockwellen, die im Lauf des letzten

Jahres periodisch von Bildern ausgelöst worden sind, die in der Gegend des nur knapp vierzig Kilometer von Jerusalem entfernten Hebron entstanden waren: Reportagen von randalierenden Siedlermilizen oder Wildwestszenen, in denen Siedler am 3. Dezember 1993 im Zentrum von Hebron mit automatischen Schußwaffen auf Palästinenser wie auf Freiwild schossen. Kaum ein Vierteljahr später hat das Massaker in der Ibrahim-Moschee erneut bewiesen, wie verschieden die Welten von Israeli innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete sind: Trotz der erwähnten Bilder dürfte auf viele Israeli zutreffen, was ausgerechnet Generalstabschef Ehud Barak meinte vor dem Untersuchungsausschuß zu Protokoll geben zu sollen: „Das Massaker fiel auf uns (die militärische Führung; T. K.) wie der Blitz aus heiterem Himmel.“

Wurde die politische Gefährlichkeit der Siedler jahrelang unterschätzt, so geht es nach dem Massaker in der öffentlichen Diskussion um jenes höchst explosive Gemisch von Pionierromantik, Kriminalität, religiösem Fanatismus und suizidalem Messianismus. Zu diesem Phänomen sei exemplarisch ein Hebron Siedler zitiert: „Wir sind bereit, gegen die Ausweisung aus Hebron zu kämpfen. Niemand in der Regierung soll sich Illusionen machen, daß das in Ruhe geschehen kann... Es wird hier Blut vergossen werden. 1929 mußten sie Juden umbringen, um die jüdischen Einwohner aus Hebron zu vertreiben. Dieses Mal werden wir kämpfen... Wenn sie (die Soldaten) den Befehl nicht verweigern, werden sie auf Juden schießen müssen. Auch auf unserer Seite werden sich die Leute nicht zurückhalten.“<sup>13</sup>

„Nie wieder Massada!“ ist für die Mehrheit in Israel Ausdruck des Willens, als jüdischer Staat zu überleben. In realpolitischer Praxis schließt das Verzicht und Kompromisse ein. Nicht so der Kern der Hartgesottenen unter den Siedlern: Sie identifizieren Massada mit ihrem jeweiligen Stacheldrahtverhau, wobei sie sich in der Rolle jener Vorfahren sehen, die furchtlos Selbstmord begingen und als tragische Helden in die kollektive Erinnerung eingingen. Wie gefährlich dieser militante Messianismus sein kann, beweist der am 27. April 1984 gerade noch rechtzeitig vereitelte Versuch nationalreligiöser Extremisten, die al Aksa-Moschee in Jerusalem in die Luft zu sprengen. Sollte sich die militärische Führung veranlaßt sehen, Siedlungen zu räumen, muß sie mit Befehlsverweigerung und Bürgerkriegsszenen rechnen.

12 Seit Antritt der ersten Likudregierung 1977 bis 1992 sind zirka 15 Milliarden US-Dollar für die Siedlungspolitik ausgegeben worden.

13 Zit. in: Ha'aretz vom 21. 3. 1994, S. 4 A.

---

## VIII. „Ein Volk, das abseits wohnt, das sich nicht sieht wie die anderen Völker“

---

Auch nach dem 13. September 1993 und dem 4. Mai 1994 lauert im Nahen Osten nach wie vor die Gefahr eines Krieges mit Massenvernichtungswaffen. In dieser Situation zeichnen sich für Israel die neuerlichen Friedensmöglichkeiten wie eine in der Ferne liegende Oase ab, von der keiner sagen kann, ob sie sich als Fata Morgana erweisen wird. Zunächst ist der Weg dorthin voller Ungewißheit: Zwar ist neu, daß durch die Schaffung der Autonomie möglicherweise die Gründung eines Palästinenserstaates folgen könnte. Gleichwohl gilt als offen, ob Arafat in der Lage sein wird, die palästinensischen militanten Friedensgegner unter Kontrolle zu halten. Ebenso ist keine praktikable, d. h. für beide Seiten annehmbare Lösung des Problems der israelischen Siedlungen in Sicht. Was die Annäherung mit Syrien betrifft, scheint sich die Öffentlichkeit in Israel auf die Preisgabe der Golanhöhen einzustellen. Allerdings ist ein Friedensschluß und eine befriedete Grenze mit Syrien keineswegs eine abgemachte Sache, da sich Syrien bisher nicht bereit zeigt, Israels Sicherheitsinteressen anzuerkennen.

Trotz dieser Ungewißheiten und Sorgen hat es in Israel wohl noch nie bessere Aussichten auf eine umfassende Entschärfung des israelisch-arabischen Konflikts gegeben. In dieser Situation ist in der

öffentlichen Diskussion der gegenseitige Vorwurf zu hören, der politische Gegner ergötze sich an talmudischer Logik, die vielleicht in der Theorie funktioniert, aber niemals in der Wirklichkeit. Auf Außenstehende mag das Weltbild von Befürwortern und Gegnern eines politischen Ausgleichs je auf seine Weise wie Irrsinn wirken, insofern beiden Lagern ein apokalyptisches Inferno durch Massenvernichtungswaffen vor Augen steht. Tatsächlich scheint auf das Weltbild linker und rechter Israeli in gleicher Weise zuzutreffen, was bereits Hamlet zugute gehalten wurde: „Though this be madness, yet there is method in't.“

Mancher jüdische Witz über talmudische Kasuistik thematisiert eine alte Gepflogenheit, die Wirklichkeit theologisch zu historisieren und zugleich zu ironisieren. In dieser Weise wird denn auch im politischen Alltag der Gegenwart mit einem von der Tradition ins zweite Jahrtausend vor der Zeitrechnung datierten Orakel umgegangen: Bileam, ein im ganzen Orient bekannter Zauberer, hatte von Israels Feind den Auftrag erhalten, das Volk Israel zu verfluchen. Nach der in Numeri 23,9 festgehaltenen Überlieferung brachte der Seher jedoch lediglich kryptische Worte über die Lippen: „Ein Volk, das abseits wohnt, das sich nicht sieht wie die anderen Völker.“ Indem Nationalisten dieses Wort zu ihrem Programm umfunktionieren, wollen sie es als Segen verstanden wissen. Nicht so die israelische Linke: An der Schwelle zum 21. Jahrhundert, da die Menschheit in ein globales Dorf zusammenrückt, wird das Ergebnis dieser politischen Funktionalisierung des Bileamspruchs als Fluch erlebt.

## **Udo Steinbach: Das Gaza-Jericho-Abkommen. Wegmarke im Friedensprozeß**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/94, S. 3-14

Der Abschluß der „Declaration of Principles“ (Gaza-Jericho-Abkommen) zwischen Israel und der PLO am 13. September 1993 in Washington bedeutete eine weitere Etappe auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten, dessen Kern in einer bindenden Verpflichtung Israels und der palästinensischen Nationalbewegung zur Koexistenz auf dem Boden Palästinas liegt. Wichtige Vorstufen dahin waren die Abkommen von Camp David am 17. September 1978 und der in Madrid am 30. Oktober 1991 begonnene Verhandlungsprozeß zwischen Israel und den arabischen Konfliktparteien.

Die arabischen Kritiker des Abkommens verweisen darauf, daß keines der grundlegenden Ziele, für die die palästinensische Nationalbewegung seit dem Ende der sechziger Jahre kämpft, darin aufgenommen sei. Tatsächlich konnte Israel alle Vorgaben aus dem Abkommen heraushalten, die den endgültigen Status der Westbank, der nach fünfjähriger Übergangsperiode in Kraft treten soll, präjudiziert hätten. Auf der anderen Seite aber bedeuten die Herstellung eines weitreichenden Autonomiestatus von Gaza und Jericho und der israelische Truppenrückzug aus diesen Gebieten den Einstieg in einen politischen Prozeß, in dem beide Seiten die Aufrichtigkeit ihrer politischen Intentionen mit Bezug auf Koexistenz in Frieden und Gerechtigkeit unter Beweis stellen können. Für die Befürworter auf palästinensischer Seite ist das Abkommen somit ein „stepping stone“, von dem aus das letzte Ziel der palästinensischen Bewegung, der palästinensische Staat, erreichbar ist. Daß ein so gearteter endgültiger Status auch von israelischer Seite wenigstens nicht ausgeschlossen wird (auch wenn er in dem Dokument nicht anklingt), kommt darin zum Ausdruck, daß der Vertrag eben mit der PLO abgeschlossen wurde, die an diesem Ziel weiterhin festhält.

Die langwierigen Verhandlungen über die Umsetzung des Abkommens seit September 1993 haben radikalen Ablehnungskräften auf beiden Seiten Ansatzpunkte zu gewaltsamen Aktionen gegeben. Daß der Prozeß gleichwohl fortgesetzt wurde, zeigt die Entschlossenheit der Führungen Israels und der PLO, auf dem begonnenen Weg voranzuschreiten. Daß mit der Eskalation der Gewalt die Frage nach der Zukunft der israelischen Siedlungen auf die Agenda kam, spricht eher dafür, daß sich das Tempo der komplizierten Verhandlungen in den nächsten Jahren noch beschleunigen könnte.

## **Aziz Alkazaz: Ökonomische Aspekte des Nahost-Friedensprozesses**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/94, S. 15-20

Die unterschriebene Grundkonzeption der bilateralen Wirtschaftskooperation legt alle relevanten wirtschaftspolitischen Richtlinien und Entscheidungen in die Hände eines „Ständigen Israelisch-Palästinensischen Ausschusses“, dessen Existenz zeitlich nicht begrenzt ist. Für die Palästinenser sind damit zahlreiche Restriktionen hinsichtlich der Gestaltung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie hinsichtlich ihrer Beziehungen zu den Partnerländern innerhalb und außerhalb der Region verbunden. Im Handelsbereich ist die entstehende Ordnung eine Mischung von Freihandel und Zollunion. Im Finanzbereich dürfen die Palästinenser eine Finanzbehörde gründen, die zwar auch für Banken zuständig ist, aber keine eigene Währung herausgeben darf. Angesichts der noch vielen offenen Fragen ist das Investitionsklima und der Rechtsrahmen noch nicht so klar, daß die angebotenen Investitionsanreize im erhofften Ausmaß wirken.

Immerhin erhielten die Palästinenser erste Ansätze für eine begrenzte Selbstverwaltung und die Schaffung eines eigenen Verwaltungsapparates. Sie können Angelegenheiten des täglichen Lebens selbst regeln. Auf der anderen Seite blieben die äußere Sicherheit, die Kontrolle über die Grenzen zu Jordanien und Ägypten sowie die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen (einschließlich der Wirtschaftsbeziehungen) in israelischer Hand. Solange eine umfassende Friedensregelung fehlt und die palästinensische Autonomie geographisch und inhaltlich begrenzt bleibt sowie die Grundinteressen der beteiligten Regionalstaaten nicht gleichgewichtig berücksichtigt sind, besteht die Gefahr empfindlicher Rückschläge auch für den wirtschaftlichen Aufbau. Die Region hatte in der Vergangenheit viele Pläne für eine „Middle East Community“ erlebt, die mit finanziellen Anreizen verbunden waren, aber aufgrund der Furcht vor ausländischer Hegemonie scheitern mußten.

## **Andreas Rieck: Syrien, der Libanon und Jordanien im Nahost-Friedensprozeß**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/94, S. 21-27

Ungeachtet zahlreicher Rückschläge geben die laufenden Nahost-Friedensverhandlungen zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten Anlaß zu Erfolgshoffnungen, nachdem das Gaza-Jericho-Abkommen mit der PLO, das unabhängig davon zustande kam, ein wichtiges Hindernis beseitigt hat. Die drei Staaten Syrien, Libanon und Jordanien sind seitdem frei, ihre nationalen Interessen zu verfolgen, ohne sich dem möglichen Vorwurf eines „Verrats“ an den Palästinensern auszusetzen.

Die Schlüsselrolle bei den Verhandlungen kommt Syrien zu, da ohne dessen Zustimmung weder der Libanon noch Jordanien ein Friedensabkommen mit Israel schließen könnten. Syriens Staatschef Hafiz al-Asad setzt seit dem Golfkrieg 1991 seine Hoffnung auf eine Rückgewinnung der 1967 verlorenen Golan-Höhen mit amerikanischer Hilfe und ist mit diesem Ziel Israels Wünschen nach Normalisierung der Beziehungen schon ein gutes Stück entgegengekommen. Für Israels derzeitige Regierung scheint auch der vollständige Verzicht auf die strategisch wichtigen Golan-Höhen kein Tabu mehr zu sein, wenn dafür ein „wirklicher Frieden“ mit Syrien und dem Rest der arabischen Welt zu erzielen ist. Mit dem Libanon, der seit 1968 bis heute die Rolle eines Ersatzkriegsschauplatzes für Syrien und Israel gespielt hat, und mit Jordanien könnte sich Israel ohne große eigene Opfer einigen.

Während die Politiker der arabischen Nachbarstaaten und der PLO heute ein Maximum an Konzessionsbereitschaft zeigen, steht Israel vor einer schwierigen Entscheidung, da der Weg zum umfassenden Frieden nur über den Verzicht auf wichtige Machtpositionen führt. Die unbefriedigenden Perspektiven für die Palästinenser sind die größte Gefahr für den laufenden Friedensprozeß und das größte Risiko für Israel im Falle eines Friedensschlusses mit seinen Nachbarn.

## **Thomas Krapf: Israel zwischen Krieg und Frieden. Zur Stimmung in Israel nach dem Gaza-Jericho-Abkommen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/94, S. 29-37

Trotz des Massakers in der Hebroner Ibrahim-Moschee hat Israel aufgrund des am 13. September 1993 unterzeichneten Gaza-Jericho-Abkommens noch nie so gute Aussichten gehabt, mit seinen arabischen Nachbarn Frieden zu schließen. Konkret wurde der erste Schritt dazu mit der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens am 4. Mai 1994 in Kairo getan. Nichtsdestoweniger lauert im Nahen Osten nach wie vor die Gefahr eines apokalyptischen Infernos mit Massenvernichtungswaffen; der Weg zu Friedensverträgen zwischen den Konfliktparteien ist weiterhin mit vielen Hindernissen übersät. Unter diesen Voraussetzungen steht links wie rechts Israeli die Wiederholung der Schoa (Katastrophe) vor Augen: Die Friedensbereiten befürchten die Wiederholung der Schoa als historischen Prozeß, nämlich als Kriege, die Israel über kurz oder lang vernichten werden, falls es Israel nicht gelingen sollte, mit seinen Nachbarn einen Kompromißfrieden zu schließen. Dagegen meinen Nationalisten, das Aufgeben der besetzten Gebiete und der Golanhöhen sei der Auftakt zur Wiederholung der Schoa, weil sich Israel durch eine solche Politik selbst ans Messer liefere. Indem die Stimmung nach der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens skizziert wird, wird auf die starke Überlebenskraft von Motiven aus der jüdischen Tradition hingewiesen, da diese sich im politischen Alltag Israels als maßgeblicher psychologischer Faktor erweisen.

# Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis



nur **25,- DM**  
zuzügl. Versandkosten

---

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)*  
**Jahrgang: 1992**

---



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell-**Das Parlament**, Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62-65, 54290 Trier  
Telefax (06 51) 46 04 - 153